

Wolffsche Arbeiter-Zeitung

A

Denkt daran!
Wir erscheinen
im Zeichen der
Notverordnungen!

für Schlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 460 39. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Worber-
haus). Fernsprecher 489 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 460 39.

1500 schlesische Metallarbeiter im Streit

In den nächsten Stunden wird mit Erhöhung der Zahl auf 2200 gerechnet / Appell an die Kollegen aller Metallbetriebe! Schlägt den Kapitalisten die Hungerpeitsche mit der Waffe des Streits aus der Hand / Kein Betrieb ohne Kampfausschuss!

Betriebe sprecht euer Nachtwort!

Breslau, 7. September. Die schlesischen Metallindustriellen haben ihre Lohnabbauoffensive am Montag eingeleitet. Die Einzelarbeitsverträge wurden in der gesamten schlesischen Metallindustrie zum Ablauf der Lohnwoche bzw. mit Ablauf der für die Arbeitsverhältnisse bestehenden Kündigungsfrist gekündigt. Gleichzeitig wurde den Arbeitern mit Ablauf der Kündigung ein neues Arbeitsverhältnis bei einer vierprozentigen Lohnsenkung „angeboten“. Die Metallarbeiter mehrerer Betriebe haben dieses Lohnabbauakt mit dem sofortigen Streik beantwortet. Es streiken bereits 1500 Metallarbeiter. Es wird in den nächsten Stunden mit einer Erhöhung auf 2200 Streikende gerechnet. Gestreikt wird vor allem in den Walzenburger und Schweidnitzer Betrieben.

kämpfen. Deshalb ist es revolutionäre Pflicht der Belegschaften der Metallbetriebe, die noch nicht im Streik stehen, sofort in abzuhaltenden Belegschaftsversammlungen den Streikbeschluss zu fassen und die Betriebe zu verlassen.
Die Metallarbeiter müssen sich ihre eigenen Kampfleitungen wählen, weil sie einen Streiksieg verbürgen. Die gestern verkündete Notverordnung lüftet Sturm an. Die Arbeiterschaft, die mit ihren Familien leben und nicht verhungern will, ist gezwungen, den geschlossenen Kampf aufzunehmen. Der Streik der schlesischen Metallarbeiter muß für alle übrigen Belegschaften ein Fanal zur Aufnahme des Massenstreiks sein.
Schafft durch die Wahl von einheitlichen Kampfausschüssen in allen Betrieben jetzt schon die Sicherungen des siegreichen Kampfes! Nehmt sofort in allen Betrieben und Gewerkschaften Stellung, führt überall Belegschaftsversammlungen durch! Schafft das Bündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen! Jetzt schlägt die entscheidende Stunde der antifaschistischen Betriebsaktion zur Behinderung der schändlichen Pläne der Bourgeoisie.

Papens Rettungs-Programm

Die Zeichen deuten auf Sturm! Denn diese neuen Notverordnungen des Kabinetts werden in allen Schichten des arbeitenden Volkes eine Empörung auslösen, wie sie noch nicht dagewesen ist.
Wie sollen die Massen der Arbeiter und Angestellten, die noch in den Betrieben stehen, überhaupt existieren, wenn ihnen jetzt abermals die Löhne und Gehälter um 12 1/2 Prozent, ja um 20 und sogar um 27 Prozent gekürzt werden!
Wie sollen die Millionen der Arbeitslosen, der Invaliden, Unfallrentner und der Krankenverpflichteten, denen die Papen-Regierung jetzt mit einem neuen Generalangriff auf die gesamte Sozialpolitik droht, diese Notverordnungen anders aufnehmen als mit einem Schrei ungeheuerster Empörung? Und glaubt die Regierung wirklich, daß sie bei den Arbeitslosen Jubel erwecken wird, wenn sie ihnen zumutet, als Lohnrücker gegen die Kollegen im Betrieb in Arbeit zu treten, für einen Hundelohn, der nicht oder kaum höher ist als ihre bisherige Unterfütterung?
Lohnabbau und Sozialabbau — dazu aber zugleich eine Verlängerung der Bürgersteuer und durch die neuen 38.1e und durch die beabsichtigte Einführung der Kontingentierung aller Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr eine neue Verteuerung der Lebenshaltung der gesamten werktätigen Massen: Wie sollen dabei die arbeitenden Massen überhaupt noch ihr Leben fristen?
Was allein bei den Arbeitern und Angestellten durch den neuen Lohnabbau „eingepart“ wird, muß auf etwa drei Milliarden Einbuße an Arbeitseinkommen geschätzt werden.
Wenn aber die arbeitenden Massen um 3 Milliarden weniger Einkommen haben, können sie entsprechend weniger kaufen, können also die Klein- und Großverarbeitenden und Bauern entsprechend weniger verkaufen. So verkürzt die neue Notverordnung auch das Geld dieser Schichten.
Alle diese Schichten der werktätigen Massen, die jetzt von dem neuen Angriff auf ihre Lebenshaltung betroffen werden, müssen sich um so mehr aufbäumen, als sie ja sehen, welche ungeheuren Vorteile die besitzende Klasse durch die neuen Notverordnungen erhält.
1500 Millionen durch Steuerermäßigungen,
700 Millionen durch Lohnzuschüsse,
50 Millionen für das Hausbesitzerkapital und dazu rund 3000 Millionen aus dem Lohnabbau,
das sind die Vorteile, welche die neuen Notverordnungen den besitzenden Klassen bringen! Da ist zu verstehen, wenn die Kapitalistenblätter in hellem Jubel das „Wirtschaftsprogramm“ Papens als ein „Rettungsprogramm“ preisen. Aber für die arbeitenden Massen ist es keine Rettung, sondern...
Es ist klar, daß die Arbeitermassen diese neuen Notverordnungen nicht einfach hinnehmen können. Wenn die Massen ihr Leben verteidigen wollen, müssen sie sich wehren. Dabei müssen sie sich klar sein, daß diese Notverordnungen der Regierung Papens die Erfüllung der Wünsche der faschistischen Bourgeoisie, ein Bestandteil des großen faschistischen Generalangriffs gegen das arbeitende Volk sind.
Gegen die faschistische Offensive des Kapitals die antifaschistische Gegenoffensive des arbeitenden Volkes!
Das Gebot der Stunde ist die Herstellung eines Kampfbündnisses aller Arbeitenden, aller von den Notverordnungen Betroffenen.
Die reformistischen und christlichen Gewerkschaften tun nichts, um den Kampf gegen diese Notverordnungen zu organisieren und zu führen. Sie unterstützen damit praktisch das Kabinett Papens und seine Notverordnungspraktik!
Die Sozialdemokratie, anstatt für den einheitlichen geschlossenen Kampf der Arbeitermassen für ihre Lebensforderungen einzutreten, legt alle Hebel in Bewegung, um ihn zu verhindern. Sie macht sich dadurch erneut zur Stütze des deutschen Kapitalismus und seiner faschistischen Politik!
Die Hitlerpartei ist verantwortlich für die Papen-Regierung und damit auch für diese Notverordnungen. Indem sie mit allen Mitteln der Lüge und Fege und mit blutigem Terror den Kampf gegen die Arbeiterklasse führt, hilft sie dem faschistischen Unternehmertum zur Durchführung seiner Offensive gegen die Arbeitermassen!
Gegen die faschistische Bourgeoisie, die Papen-Regierung und

Neurath gibt Aufrüstungsprogramm bekannt

Wehrpflichtige Miliz auch zur Aufrechterhaltung der „inneren Ordnung“
Tragt die Antifaschistische Aktion auch in die kriegswichtigen Betriebe!

Berlin, 7. September. (Fig. Drahtbericht.) Der deutsche Außenminister Neurath hat jetzt der Presse den Wortlaut der Deutschfranzösischen Abklärung über die Aufrüstungsfrage übergeben. Einem Vertreter des FRF erklärte Neurath, daß die Papen-Regierung eigentlich zunächst mit Frankreich allein verhandeln und mit ihm zu einer Verständigung gelangen wollte, da das Ergebnis der Genfer Abrüstungskonferenz für Deutschland unannehmbar sei. Da aber die französische Regierung den Wortlaut der Deutschfranzösischen Abklärung mitgeteilt hat, macht sich eine Veröffentlichung notwendig. Die einzelnen Absätze des Dokuments sind folgende:
„Unter diesen Umständen wird niemand der deutschen Regierung zumuten können, sich mit dem Konferenzergebnis abzufinden, das für die hochgerüsteten Länder nur eine geringfügige Milderung ihres gegenwärtigen Aufrüstungsstandes mit sich bringt, für die Deutschen dagegen den Versailles Status ausreicht erhalten würde.
Die Lösung kann deshalb nur die sein, daß die Abrüstungskonvention für Deutschland an die Stelle des Teiles V des Versailler Vertrages tritt, und daß hinsichtlich ihrer Geltungsdauer sowie hinsichtlich des Rechtszustandes nach ihrem Ablauf keine Sonderbestimmungen für Deutschland gelten.
Auf dem Gebiet der qualitativen Aufrüstung ist die deutsche Regierung bereit, jedes Waffenverbot zu akzeptieren, das für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung kommt. Dagegen müßten diejenigen Waffenkategorien, die durch die Konvention nicht allgemein verboten werden, grundsätzlich auch Deutschland erlaubt sein.
Was das Wehrsystem anbetrifft, so muß die deutsche Regierung auch für sich das Recht aller anderen Staaten in Anspruch nehmen, es im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspricht. Es kommt dabei einmal auf organisatorische Änderungen, wie z. B. Abtastung der aktiven Dienstzeit und Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht. Zum anderen auf die kurzfristige Ausbildung einer besonderen wehrpflichtigen

Miliz für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie des Grenzschutzes.“
Hier wird offen die Aufrüstung für den deutschen Imperialismus in gleicher Weise wie für die übrigen imperialistischen Mächte gefordert. Das Gebot auf Abrüstung dient lediglich zum Betrug der werktätigen Massen, damit diese ihre revolutionäre Antikriegsarbeit nicht verstärken. Der deutschen Bourgeoisie genügen Reichswehr, Schutz und die faschistischen Organisationen, wie Stahlhelm, SA, usw., zur Niederhaltung der Arbeiterschaft nicht mehr. Sie fordert wehrpflichtige Miliz zum Zwecke der Aufrechterhaltung der „inneren Ordnung“. Die Radikalklassen will Hand in Hand mit der Durchführung der faschistischen Hungerbillatur den Gewaltapparat gegen das Proletariat weiter ausbauen; sie will den Kampf der Arbeiterklasse um die soziale und nationale Befreiung in Blut und Eisen erstickten.
Die Durchführung der Aufrüstungspläne erfordert Milliarden von Mark, die die deutsche Bourgeoisie aus den Knochen der werktätigen Klasse herauspressen will. Hierzu sollen die Milliardensummen wertvoller Steuererlöse verwendet werden, während durch die gestrichelte Notverordnung den Arbeitern und Angestellten der Lohn bzw. das Gehalt bis zu 20 Prozent erneut gekürzt werden soll.
Die arbeitende Klasse muß sich darüber klar sein, daß die Aufrüstung Deutschlands nicht zum Krieg gegen Frankreich bestimmt ist. Die Imperialisten aller Länder haben einen gemeinsamen Feind: und das ist die Sowjetunion, das Vaterland aller Arbeiter und werktätigen Bauern. Und gegen dieses Land des Sozialismus rufen alle kapitalistischen Länder. Und deshalb muß auch die deutsche Arbeiterklasse mit verstärktem antifaschistischen Kampfe gegen die Aufrüstungspläne kämpfen. Der Schwerpunkt eines erfolgreichen Kampfes liegt in den Betrieben.
Tragt die Antifaschistische Aktion auch in die kriegswichtigen Betriebe!

Reichstagsinberufung für den 12. September Auf Verlangen der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 6. September. Der Fraktionsführer der kommunistischen Reichstagsfraktion, Genosse Ernst Torgler, ist heute vormittag bei dem Reichstagspräsidenten Göring vorstellig geworden, um gemäß dem Antrage der kommunistischen Partei die sofortige Einberufung des Reichstags zu verlangen, damit die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnungen verhandelt

werden können. Der Reichstagspräsident Göring (Nazi) erklärte dem Genossen Torgler, daß er eine Einberufung des Reichstags für den 12. September vorbereiten werde. Der Genosse Torgler ließ dem Reichstagspräsidenten keinen Zweifel darüber, daß die gesamten werktätigen Massen Deutschlands nach dem Erlaß der neuen Notverordnungen die Einberufung des Reichstags stürmisch fordern.

gegen die Arbeitermassen!
Gegen die faschistische Bourgeoisie, die Papen-Regierung und

Die neuen Notverordnungen gibt es für die arbeitenden Massen nur eine Hilfe:

Sie müssen sich zusammenschließen in der roten Einheitsfront zur Antifaschistischen Aktion, zur antifaschistischen Gegenoffensive! Die ungeheure gemeinsame Not, die gemeinsame Gefahr der neuen faschistischen Offensive gegen das arbeitende Volk muß die arbeitenden Massen in Stadt und Land zusammenschließen!

- Kampf gegen die neuen Notverordnungen!
- Kampf gegen jeden Pfennig Lohn-, Unterstützungs- und Teufelabbau!
- Kampf gegen die faschistische Kapitalistenklasse und ihre Diener!
- Macht mobil in den Betrieben, in den Stempelstellen, in allen proletarischen Massenorganisationen!
- Die Rage ist ungeheuer ernst! Sie erhebt: Handeln!

Bertheidiger im Ohlauer Prozeß gegen Bracht

Breslau, 7. September. Der Verteidiger im Ohlauer Prozeß, Rechtsanwalt Koerber-Breslau, fandte eine folgende Erklärung zu der Aufgabendrücke „Die Schuld von Ohlau“, die wir auf Grund der Notverordnung gezwungen waren, zu veröffentlichen — das ist die Frage der Presse, Freiheit in Deutschland — zu:

„Unter der Schlagzeile „Die Schuld von Ohlau“ verendet der Reichskommissar Dr. Bracht in seiner Eigenschaft als Vertreter des Preussischen Innen- und Justizministers an eine Reihe von Zeitungsorganen eine Aufgabendrücke, in der er sich gegen „irreführende Mitteilungen über Urheberschaft und Schuld an den Ohlauer Ausschreitungen“ am 10. Juli 1932 wendet. Er gibt darin Teile der verurteilten, also mündlichen, Urteilsbegründung wieder. Eine schriftliche Urteilsbegründung liegt bis heute nicht vor.“

Zum Inhalt der zum Teil zusammenhanglos wiedergegebenen Sätze dieser mündlichen Urteilsbegründung ist folgendes zu erklären:

Der Vorliegende meinte zwar, daß das erste Ausdrücken der Mitglieder der Eisernen Front — es ist unrichtig, wenn immer nur vom Reichsbanner gesprochen wird — aus dem Lokal „Zum Walfisch“ eine hinreichende Erklärung nicht fände, weil vor dieser Zeit nur unerhebliche Ausschreitungen auf dem Ringe seitens der Nationalsozialisten gegen Andersgänger stattgefunden hätten, von denen die Besucher im „Walfisch“ noch nicht in Kenntnis gesetzt werden seien.

Dagegen hat der Vorliegende erklärt, daß sich später Ausschreitungen seitens der Nationalsozialisten ereignet haben, die jeden anständig Denkenden mit Entrüstung erfüllen müssen, so z. B. das vollkommen grundlose Schießen auf wehrlose Frauen im Hause Oberstraße 27.

Diesen Satz der Urteilsbegründung läßt die Aufgabendrücke vermissen.

Den Anlaß zu dem zweiten Auszug der Mitglieder der Eisernen Front aus dem „Walfisch“ gegen 10 Uhr abends bildete jedoch nach den übereinstimmenden Befundungen zahlreicher Angelegter und Zeugen gerade die eben erwähnte Ausschreitung der Nationalsozialisten auf der Oberstraße, die um diese Zeit im „Walfisch“ gemeldet wurde. Erst hierauf ereigneten sich die Zusammenstöße auf und an der Polizeibrücke, bei denen es auf Seiten der Nationalsozialisten zwei Tote gab. Wenn auch die Urheberschaft an diesen beiden Todesfällen keinem einzigen der Angelegten nachgewiesen oder auch nur von der Anklage zur Last gelegt wurde, so ist gerade die Schwere der Verurteilung zweifellos auf den stimmungsmäßigen Einfluß dieser Taten zurückzuführen. Das war auch bereits der mündlichen Urteilsbegründung klar zu entnehmen.

Hinzugetreten sei auch, daß weder der Reichskommissar noch das Preussische Justizministerium Anlaß genommen hat, gegen die vor der Hauptverhandlung in nationalsozialistischen und deutchnationalen Zeitungen, insbesondere der „Schlesischen Zeitung“ gebrachten Falschmeldungen öffentlich Stellung zu nehmen. Die Breslauer Justizstelle hat in einem an den Unterschrifteten gerichteten Schreiben auszuweisen, daß derartige Veröffentlichungen „die Wahrheitsermittlung gefährden“.

Breslau, den 5. September 1932.“

Arbeiter, man verhöhnt euch noch!

Die „Schlesische Zeitung“, bekannt als das Blatt der kapitalistischen Weltanschauung, verhöhnt in ihrem heutigen Leitartikel zur Notverordnung der Tariffrage die Arbeiterklasse. Sie schreibt unter Bemerkungen zum Wirtschaftsprogramm u. a. folgendes:

„Vom Standpunkt derer, die sich von diesem Sozialismus erfüllt glauben, bringt die Notverordnung die Erfüllung einer Reihe wichtiger Forderungen. Sie erkennt grundsätzlich das Tarifrecht an. Sie garantiert auch weiterhin das soziale Versicherungssystem. Die Reichsregierung hat sich feierlich verpflichtet, diese Ideen nicht preiszugeben, sondern lediglich ihre Durchführung zu veredeln. Und schließlich führt das Programm zur Durchführung der 40-Stunden-Woche in ebenfalls veredelter Form, so daß also bei ehrlischer Objektivität auch von dieser Seite her keine sichhaltigen Einwände mehr gemacht werden können.“

Dieses Junkerblatt versucht mit infamen Lügen und Verleumdungen den sozialreaktionären Charakter der Notverordnung zu vertuschen. Wir behaupten, daß das Tarifrecht und die letzten Lebensbedingungen der Sozialversicherung durch die Notverordnung verschlagen werden sollen. Die Sozialdemokraten der „Schlesischen Zeitung“ bezeichnen den fortgesetzten Unterdrückungsraub mit „veredeln“ der Sozialversicherung. Die „Veredelung“ der 40-Stunden-Woche heißt: bedenklicher Lohnabbau!

Die Arbeiterklasse wird die „Veredelung“ des Tarifrechts, der 40-Stunden-Woche und der Sozialversicherung mit dem außerparlamentarischen Massenkampf beantwortet müssen, wenn sie verhindern will, daß die Hungerpläne der Kapitalisten verwirklicht werden.

Nazi-Herrmann freigesprochen

Berlin, 7. September. (Fig. Drahtbericht.) Am 13. Juli wurde in Berlin eine Gruppe Arbeiter, die von einer großen zentralen Demonstration heimkehrten, von Nazis plötzlich überfallen. Die Arbeiter Brechlin und Kothke wurden erschossen. Unter der Anklage des Leibeslags hand darun gehen der Nazi-Herrmann vor dem Berliner Sondergericht. Er wurde freigesprochen.

Die preußische Verwaltungsreform

Weitere Faschisierung des Staatsapparates — völlige Ausschaltung der kommunalen Selbstverwaltung

Die kommunalverwaltende preußische Regierung hat Ende voriger Woche die preußische Verwaltungsreform der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Der Sinn dieser Verwaltungsreform ist die weitere Faschisierung des Staatsapparates und die völlige Ausschaltung der kommunalen Selbstverwaltung. Bracht, der Reichskommissar für Preußen, legt die faschistische Titulatur mit dieser Verwaltungsreform fort. Die Stellung des Oberpräsidenten wird in der „Reform“ kurz wie folgt umrissen:

„Der Oberpräsident wird in seiner Stellung zurückgeführt werden etwa auf die Position, die er 1815 nach der Oberpräsidentenverfassung innegehabt hat. Er wird in Zukunft als direkter Beauftragter der Regierung zu gelten haben und befreit sein von allen Aufgaben, die ihm bisher in zweiter Instanz zugefallen sind. Damit ist die Stellung des Oberpräsidenten bereits bezeichnend für die Pläne der kommenden Reichsreform. Die Stellung des Oberpräsidenten ist politisch dadurch außerordentlich gekürzt worden. Man hat ihn allein zum politischen Kommissar der Regierung innerhalb der Provinzen bestellt. Damit wird der Oberpräsident in nicht allzu fernher Zeit wohl die höchste preußische Instanz sein. Ueber ihn werden dann nur noch die Einsparung der preussischen Ministerien oder nach ihrer Personalunion die Reichsministerien stehen. Ebenso ist der Oberpräsident von anderen Aufgaben befreit worden, damit ihm später weitere Aufgaben von Seiten des Reiches übertragen werden können. Das Aufgehen Preußens im Reich ist noch nicht im einzelnen durchdacht, man denkt aber anscheinend daran, in starkem Maße auf die Reformpläne des Bundes „Zur Erneuerung des Reiches“ (Luther, Gehler) zurückzugreifen. Der Oberpräsident wird also jetzt in der Provinz den politischen Beobachter der preussischen Regierung spielen; er wird alle Behörden zu beaufsichtigen haben, auch die Wirtschaftsbehörden; die Gerichtsbehörden werden natürlich nicht unter seine Funktion fallen. Er wird diese Funktionen von allen seinen Wünschen, auch von den Wünschen der Regierung direkt, unterrichten. Er hat das Recht, auf eigene Verantwortung einstweilige Anordnungen zu treffen, weiter werden in diesem Zusammenhang besondere Veränderungen in der

Unterrichts- und Landeskulturverwaltung erfolgen. Der Oberpräsident wird alle Funktionen des Provinzial-Schulkollegiums erhalten; die Kollegialität bei den Provinzial-Schulkollegien wird auf diese Weise fortfallen; auch die Referenten des Provinzial-Schulkollegiums werden in das Oberpräsidium eingegliedert. Der Oberpräsident bzw. Vizepräsident des Oberpräsidiums wird also Präsident bzw. Vizepräsident des Provinzial-Schulkollegiums werden.“

Die bürgerliche Presse bezeichnet die Verwaltungsreform als ein „historisches Ereignis“. Die sozialdemokratische Presse erklärt, daß das „Brauchbare“ in dieser Verwaltungsreform von der Braun- und Severing-Regierung stammt. Die SPD-Presse bestätigt somit, daß Braun und Severing diese faschistischen Maßnahmen jahrelang vorbereitet haben, und Herr Bracht hatte nur die Aufgabe, diese „Reform“ mit einigen Abänderungen zur Tat werden zu lassen. Auch diese Tatsache ist ein erneuter Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie die Wegbereiterin des Faschismus war und ist. Die Stellung der Oberpräsidenten als Staatskommissare ist ähnlich der früheren Stellung der Gouverneure im zaristischen Rußland. Die Oberpräsidenten mit ihren großen Machtbefugnissen haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die faschistische Notverordnungsbürokratie gegen das Proletariat reibungslos durchgeführt werde.

Die antifaschistische Bevölkerung in Stadt und Land muß die faschistische Verwaltungsreform rückwärts belämpfen, weil feststeht, daß sie nur der immer mehr brutaleren Anwendung faschistischer Herrschaftsformen zur Ausplünderung und Unterdrückung der werktätigen Klasse dienen. Während die Bourgeoisie nach Aufgabe der parlamentarischen Regierungsform keinen anderen Ersatz findet wie die unbeschränkte Herrschaft des Großkapitals, baut das Proletariat in der Sowjetunion die Volkswirtschaft (Sowjet) auf der neuen Grundlage der wirklichen Demokratie auf. In der Sowjetunion gibt es keinen Faschismus. Die Sowjetverfassung sichert allen werktätigen Schichten Arbeit, Brot und Freiheit. In Deutschland ist von der Weimarer Verfassung nur der Diktaturparagraf 48 übrig geblieben.

Hitler für Durchführung der Papen-Notverordnung

Berlin, 7. September. (Fig. Drahtbericht.) Gestern haben im Reichstagsgebäude Verhandlungen zwischen dem Reichsführer Göring und den Zentrumsführern Brüning und Voss stattgefunden. Es wurde darüber verhandelt, wie am besten die Durchführung der Papen-Notverordnung gesichert werden könne. Zu diesem Zweck soll erst am kommenden Montag der Reichstag wohl zusammentreten, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen, dann aber gleich wieder für längere Zeit vertagt werden, um Abstimmungen zu verhindern. Bekanntlich treten die Lohnabbaubestimmungen der neuen Papen-Notverordnung schon am 15. September in Kraft. Ferner meldet die bürgerliche Presse, daß schon ernste Pläne der Zentrums- und Naziführer dahin gehen, gemeinsam ein Präsidialkabinett zu tolerieren, wenn den Nazis entsprechende personelle Zugeständnisse gemacht werden. Das Berliner Naziblatt „Der Angriff“ wendet sich wütend gegen den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages. Die Nazi-Partei hat nur heuchlerische oppositionelle Phrasen, um die Durchführung der Papen-Notverordnung zu sichern.

Neue Kündigungen von Lohnstarifen

Breslau, 7. September. Die deutsche Weighöhlglassindustrie hat die Lohnvereinbarungen für die Gruppen Schleifen, Lauff, Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Rheinland-Weistalen zum 30. September 1932 gekündigt. Die Forderungen hat sie noch nicht eingereicht, hat sich dieses jedoch für die nächsten Tage vorbehalten. — Der Arbeitgeberverband für das Transport- und Verkehrsgewerbe Schlesiens hat ebenfalls den Bezirkslohnstarif zum 30. September 1932 aufgelündigt. „Schon bei den früheren Tarifverneuerungen wurden“, wie man uns schreibt, „die Zuschläge für Nebenarbeiten, Zehrgelder usw. auf den Stand der ersten Goldmarktlöhne abgebaut. Die Wochenlöhne betragen zur Zeit in der Lohnklasse I, Breslau, 26,25 Mark, und in der Lohnklasse V, zu der immerhin namhafte Provinzorte gehören, 22,05 Mark. Anscheinend sollen die Löhne, die auf eine 45-stündige Arbeitszeit abgestellt sind, noch eine weitere Kürzung erfahren. Wie bei diesem anhaltenden Lohnrückgang sich die Kaufkraft bilden soll, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen, ist unerklärlich.“

Die von der Tariffündigung betroffenen Arbeiter dürfen nicht zulassen, daß ihnen die Hungerlöhne noch weiter brutal gekürzt werden; sie dürfen nicht zulassen, daß ihre Frauen und Kinder noch mehr Hunger leiden. Deshalb müssen sie selbst den Kampf organisieren und mit selbstgewählten Kampfleitungen Streiks zur Auslösung bringen.

Unentbehrlich
für die praktische Arbeit ist der Artikel
WILH. FLORIN: *Fragen unserer*
Einheitsfrontpolitik
im neuen Heft der „Internationale“. Preis 20 Pf.
Sofort besorgen, ehe vergriffen

Bauernkomitee gewählt

Ullersdorf-Liebertal, 6. September. Die am 2. September stattgefundene Kleinbauernversammlung wendet sich in einem Aufruf an die schlesische Kleinbauernschaft und ruft diese auf, den gemeinsamen Kampf gegen Papen, Hitler und Brüning, gegen Wacht-, Zinswucher und untragbare steuerliche Belastung, gegen die Zoll- und Subventionspolitik, die den Großagariern besondere Sonderprofite sichert, zu organisieren und zu führen. Die Kleinbauern von Ullersdorf-Liebertal, Kreis Löwenberg, erklären in diesem Aufruf, daß die Kleinbauernschaft nur unter revolutionärer Fahne, in gemeinsamer Front mit dem Proletariat, ihren Existenzkampf siegreich führen könne. Die Versammlung, die ein Bauernkomitee wählte, fordert zur Wahl von Bauernkomitees in allen Dörfern an.

Rüstet zur 12. Internationalen Kinderwoche vom 2. bis 9. Oktober 1932

Millionen von Arbeiterkinder sind gezwungen, arbeiten zu gehen und ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Der niedergelassene Kapitalismus versucht, neben anderem durch maßlose Kinderausbeutung keine Profite zu erhalten. Ein neuer Hungerwinter mit seinem unermesslichen Elend, seiner unermesslichen Not und der fortschreitenden Kinderverwahrlosung rückt heran. Millionen und aber Millionen von Kindern werden in diesem Winter Hunger leiden und frieren müssen. Zu gleicher Zeit verschärft sich in den Schulen die faschistische Erziehung der Arbeiterkinder. Durch den Turnunterricht, durch den schulpflichtigen Geschichtsunterricht wird die vormilitärische Erziehung bereits heute praktisch verwirklicht. Dazu kommt eine verstärkte Lügenhebe über angebliche Kinderausbeutung und Kinderverwahrlosung in der Sowjetunion, um die Arbeiterkinder für den Interventionskrieg gegen die sozialistische Sowjetunion zu begeistern.

Die einzige revolutionäre Kinderbewegung Deutschlands, die Bewegung der Jungen Pioniere, soll vernichtet werden. Das zeigen die vollkommenen Verbote in Bayern, Baden und Anhalt und die zahllosen Auflösungen von Pionierabteilungen durch die örtliche Polizeibehörde. Die Bourgeoisie erkennt die Bedeutung der Pionierbewegung, sie sieht ihren wachsenden Einfluß und will sie mundtot machen. Diese wenigen Tatsachen beweisen schon die erhöhte Bedeutung der diesjährigen Internationalen Kinderwoche. Unter den Losungen des Kampfes

gegen die maßlose Kinderausbeutung, gegen Kinderverwahrlosung, Kinderelend und Not, gegen die faschistische Erziehung, gegen die Kriegshege in den Schulen, für die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion, für die volle Freiheit der Pionierbewegung und aller Arbeiterorganisationen sowie die Aufhebung des Verbots der Freidenker-Pioniere,

gibt es, enger und entschlossener die Kampffront der drei Generationen zur Verteidigung der proletarischen Kinder zu schmieden. Unter ständigem Hinweis auf die Erfolge der sozialistischen Erziehung in der Sowjetunion, auf das freie und glückliche Leben der russischen Arbeiter- und Bauernkinder müssen wir die Massen der jugendlichen und erwachsenen Arbeiter in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Berufsschulen mobilisieren.

Organisiert sofort unter der Losung
„In jedem proletarischen Häuserblock eine Pionierabteilung“

die Massenwerbung für die Jungen Pioniere als Antwort auf die Verbotsmaßnahmen der Bourgeoisie. Mach die 12. Internationale Kinderwoche vom 2. bis 9. Oktober zu einem Massenfest der drei Generationen für den Sieg der Antifaschistischen Aktion.

50 Jahre Massenstreik in Belgien

Einige Lehren aus den großen Kämpfen des belgischen Proletariats

Herr Emile Vandervelde ist für die deutschen Arbeiter kein Unbekannter. Dieser belgische Reformist gehört zu den schlimmsten Kriegsheimern, er ist ein wütender Verteidiger des Versailler Schandpaktes, den er selbst mit verfaßt hat, ein treuer Minister seines Herrn und Königs. Wenn die streikenden belgischen Arbeiter ihn zu Beginn ihres heldenhaften Massenkampfes aus dem Streikgebiet verjagten, so ist das ein symbolischer Schritt dafür, daß die belgischen Arbeiter sich vom Reformismus loszulösen beginnen.

Beflagter Herr Vandervelde hat vor einiger Zeit von seinem schönen Schreibtisch in Brüssel aus, einen großen Artikel über den belgischen Massenstreik geschrieben. Herr Vandervelde zieht aus dem bisherigen Ergebnis des Massenstreiks die Lehren: erfreulich und unerfreulich.

Erfreulich ist für Herrn Vandervelde, daß die belgischen Arbeiter — allerdings ohne jedes Zutun von Seiten der belgischen Sozialdemokraten — einige Streikerfolge gegen die schamacherischen Unternehmer erzielten.

Wiel wichtiger ist jedoch, was Herrn Vandervelde unerfreulich (er nennt es sogar „Passivsaldo“) erscheint; der königliche Minister a. D. findet für diese „Passivsetten“ folgende klassischen Worte:

„Man tritt in der Partei für eine schärfere oppositionelle, mehr grundsätzlich und entschieden sozialistische Politik ein, wenn man nicht wollte, daß die kommunistische Partei, die offensichtlich im Verfall war, neue Kraft gewinne.“

Das mit dem „Verfall der KP.“ ist nur ein Phantasiegebilde des Herrn Rechtsanwalts Vandervelde. Aber die Radikalisierung der belgischen Arbeiter, vor allem der sozialdemokratischen, ist eine außerordentlich bedeutende Tatsache, die dem Führer der belgischen Sozialdemokratie höchst unangenehm ist. Das kennzeichnet die Stellung der Reformisten zum Massenkampf des Proletariats im allgemeinen, und zum Massenstreik im besonderen. (Auch die SPD- und ADGB-Führer haben bekanntlich am 20. Juli den Massenstreik abgelehnt mit der Begründung, daß es nicht beim friedlichen Streik bleiben werde, sondern zu bewaffneten Kämpfen kommen könne. Die Reformisten haben eben nur einen Feind: die proletarische Revolution.)

Wenn Herr Vandervelde sich so mit Händen und Füßen gegen den Massenstreik wehrt, dann deswegen, weil er aus eigener Erfahrung die revolutionäre Wirkung des Massenstreiks kennt. Belgien ist das klassische Land des Massenstreiks auf Grund der historischen Entwicklungsbedingungen für die belgische Arbeiterklasse. Ein Blick auf die Geschichte der belgischen Massenstreiks ist darum eine wichtige Lehre für die Arbeiter aller Länder.

Spontane Streikkämpfe 1886

Bereits in den ersten Jahren des Bestehens einer belgischen Arbeiterpartei brachen wuchtige Massenstreiks aus.

Dieser Streikkampf flammte wie eine wilde Lohe auf und wurde mit furchtbarer Wut und Erbitterung geführt. Es kam zu blutigen Kämpfen mit Polizei und Militär, Wällen und Schloß der Grubenbarone gingen in Flammen auf. Ziel der Streikenden waren bessere Lebensbedingungen.

Die junge Sozialdemokratie stellte sich an die Spitze der Streikenden und stellte als politisches Ziel des Kampfes die Eroberung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auf. Nach kurzer Streikdauer endete dieser Kampf mit einem teilweisen Erfolg für die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter. Der unerwartete Ausbruch des Streiks hatte die Unternehmer überumpelt — die große Zahl der Streikenden zwang den Ausbeutern einige Zugeständnisse ab. Politische Erfolge jedoch wurden nicht erreicht.

(Fortsetzung folgt.)

„Verwendung des deutschen Volkes als Armee des Antifowjetkrieges“

Die „Humanität“ zu den deutsch-französischen Rüstungsverhandlungen

Paris, 5. September. Unser französisches Bruderorgan, die „Humanität“ nimmt ausführlich zu dem deutschen Aufrüstungsvorschlag Stellung und schreibt dazu:

„Das deutsche Memorandum war bereits seit mehreren Wochen angekündigt und ohne Zweifel war das Studium dieses Memorandums bereits das Objekt der französisch-englischen Verhandlungen in Jersee. In Wirklichkeit ist das Problem nicht, zu wissen, wie man Deutschland an der Aufrüstung hindern kann. Man weiß sehr gut in Paris und in London, in Paris noch mehr als in London, daß dies ein unmögliches Unterfangen ist.“

In Wirklichkeit steht die Frage so, Deutschland zu veranlassen, daß es sich seiner Waffen nur zu einem bestimmten Zweck bedient, daß es sie nur nach den Befehlen der französischen Regierung anwendet, d. h. gegen das Sowjetproletariat . . .

Und das genügt, um der Entente Cordiale seine wirkliche Bedeutung zu verleihen. Die Bedeutung nämlich eines Kompromisses zur Ausplünderung Zentraleuropas, für die Erhaltung des französischen Militarismus und für die Verwendung des

deutschen Volkes als Soldaten des Antifowjetkrieges . . .“

Bezeichnender Weise vermeidet die französische Regierung auch jede öffentliche Kritik des deutschen Rüstungsvorstoßes und gibt auch keine Mitteilung über die betreffenden Verhandlungen im Ministerrat bekannt. Auch die Ruhe der polnischen Presse, insbesondere der Regierungspressen, fällt auf. Der „Kurier Polski“ z. B. schreibt, die Rüstungsfrage müßte bereits als zugunsten Deutschlands entschieden betrachtet werden. Und die regierungsoffizielle „Gazeta Polska“ kommentiert fast kritiklos die deutschen Aufrüstungspläne. Die Berliner Korrespondenten der polnischen Blätter melden heute mit merkwürdiger Uebereinstimmung — es wird wohl ein zentraler Tip von Berlin vorliegen —, an den zuständigen deutschen Stellen sehe man die Korridorfrage zur Zeit durchaus nicht als aktuell an und strebe auch sonst nach Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Auf gut deutsch heißt das nichts anderes, als daß der deutsche Imperialismus nicht nur ein Bündnis mit Frankreich, sondern auch mit Polen anstrebt und dafür sogar bereit ist, auf alle Ansprüche im Korridor formell zu verzichten. Dieser heiligen Allianz des Antifowjetkrieges muß das deutsche Proletariat die geeinte Front der Antifaschistischen Aktion entgegenstellen.

Standalöje Behandlung des Genossen Sobottka durch die belgische Klassenjustiz

Vom Internationalen Komitee der Bergarbeiter wird mitgeteilt:

Dem Landtagsabgeordneten Schlag gelang es trotz aller Hindernisse, mit dem Genossen Sobottka zu sprechen. Obwohl der Genosse Sobottka von der belgischen Klassenjustiz in Mons vor dem Gericht freigesprochen werden mußte und alle gegen ihn erfindenen Argumente zusammenbrachen, wird er willkürlich weiter in Haft gehalten. Von Mons nach Brüssel verschleppt, sucht die belgische Staatsanwaltschaft den Genossen S. für den belgischen Streik verantwortlich zu machen.

Genosse Schlag berichtet, daß Genosse Sobottka sich nach wie vor im Hungerstreik befindet. Die Gefängnisverwaltung versucht unter Anwendung von Zwangsmahnahmen (Anlegen von Zwangsjacken), die gewaltsame Ernährung durchzuführen, gegen die sich Genosse Sobottka wehrt. Sein Gesundheitszustand durch den Hungerstreik gibt zu den schwersten Bedenken Anlaß.

Arbeiter, entfacht einen Massenkampf zur Rettung des Genossen S. und aller im belgischen Streik verhafteten Kameraden, entreißt sie den Klauen der belgischen Klassenjustiz, verstärkt den Kampf um die Freilassung.

Englischer Gewerkschaftskongreß eröffnet

London, 5. September. Heute wurde der englische Gewerkschaftskongreß in New castle eröffnet. Trotz der reformistischen Schiebungen und trotz des Terrors gegen die Widerheitsbewegung werden zahlreiche oppositionelle Delegierte die Forderungen der Arbeiter auf dem Kongreß vertreten. Dem Gewerkschaftskongreß kommt um so größere Bedeutung zu, als er sich während des großen Kampfes der Textilarbeiter versammelt. Der Generalrat hat dem Kongreß eine Reihe von Anträgen in seinem Bericht vorgelegt, die tatsächlich nur zur Rettung des bankrotten Kapitalismus dienen sollen.

Dagegen haben die oppositionellen Delegierten gefordert, daß der Kongreß wirksame Schritte zur aktiven Unterstützung der streikenden Baumwolle unternehmen soll. Auch die

Reformisten wollen die Frage des Weberstreiks auf die Tagesordnung bringen, jedoch natürlich im Sinne eines Appells an die Regierung.

Negermutter Uda Wright in Prag verhaftet

Prag, 5. September. In Prag wurde der Sekretär der Roten, Hilfe Engdál und Frau Uda Wright verhaftet. Die Bergsammlung, auf der die beiden sprechen sollten, ist verboten worden. Engdál und Frau Wright waren als Privatpersonen herübergekommen, um den Protest gegen die Todesurteile an den sechs Neger-Zugarbeitern auch in der Tschechoslowakei zu verbreitern.

Intellektuelle protestieren gegen weißen Terror auf dem Balkan

Ministerpräsident Muschanoff

Sofia

Blutige Ausschreitungen Mörderbande Michailoff protegiert von Regierung dauern an. Erfahren grausamste Verfolgungen gegen Volkslehrer ganzen Petrischgebietes. Nach Ermordung Kawrakirffs Entführungen letzten Monat Laloff Kaloyanoff Zokof Kazaroff aus Razlos und Wratsch. Protestieren energisch, fordern Freilassung Entführten, Beendigung blutigen Terrors. Wir machen Sie verantwortlich.

Barbasse, Frankreich; Tom Mann, England; Nicole, Schweiz; Einstein, Thomas Mann, Professor Goldschmidt, Deutschland.

Ministerpräsidenten Srschkitsch,

Belgrad.

Erfahren grundlose Verhaftung, tägliche Folterung Arbeiters Miletitsch. Protestieren energisch, fordern Freilassung!

Karin Michaelis, Professor Einstein, Andersen Nexø, Léon Nicole.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

52. Fortsetzung

„Es braucht doch nicht jeder, den du in einer kommunistischen Demonstration siehst, gleich ein Kommunist sein! Auf jedes Mitglied der Partei in Amerika gibt es mindestens 50 Arbeiter, die das kommunistische Programm anerkennen, aber doch noch nicht Parteimitglieder sind.“

„Weil, was nennst du nun Kommunist?“ fragte der Professor.

„Jeden, der aktiv im Klassenkampf mitarbeitet und Mitglied der kommunistischen Partei ist.“

Dann, sich an den Dänen wendend, fuhr Slim fort: „Wieviele Kommunisten kennst du in Newyork?“

„Dissen gesagt, keinen“, gab der Däne zu.

Slim trank den Kummel, den Fritz ihm gebracht hatte, und reckte sich.

„He, um Himmels willen!“ brüllte Gunnar, „ich dachte, Kommunisten trinken nichts!“

„Du dachtest, sie trinken nicht. Der Kochsmaat glaubt, sie tragen kein sauberes Unterzeug, und der Eskimo sagt, es sind alles Moskauer Agenten und Verbrecher. Der Professor hier behauptet, sie machen Kellner. Well, das zeigt, wie die kapitalistische öffentliche Meinung auch eingeleistet hat, um euch von der kommunistischen Bewegung fernzuhalten. — Vergeßt eins nicht“, Slim lächelte, „niemand wird als Kommunist geboren! Wir entwickeln uns zu Kommunisten, durch den Betrug und die Schindluderei, die die Bourgeoisie mit uns treibt. Manche kommen schneller zur

Einsicht, andere weniger schnell. Wieder andere sind dickköpfig oder haben Angst. Es gibt auch welche, wie der Alte, Schuchleute, Spiegel und solches Zeug, die sich für einige stinkende Dollars von den Kapitalisten gegen die Arbeiter brauchen lassen.“

„Hast verdammt recht, Slim“, gröhnte Shorty, „ich bin bei euch!“

„Ich auch!“ schrie Eddie. „Ich halte zu den Roten.“

„Und ich zu den rothaarigen Weibern!“ feigte Blacky. Unter Lachen und Zurufen gingen die Leute auseinander.

Später im Waschhaus beim Baden, als sie sich gegenseitig mit Eimern kalten Wassers begossen, schrie Eddie plötzlich auf:

„Slim, du gottverdammter Bolschewik, hast doch was ver-gessen!“

„Was denn?“

„Das Schiffsomitee zu bilden!“

„Freß meine selbige Großmutter!“

Die Bordgruppe berät

Pitts und Slim suchten ein abgelegenes Café auf und setzten sich in eine stille Ecke. Dann bat Slim seinen Genossen um dessen Meinung über die gestrige Aktion.

„Uns in der Maschine hat's Mut gemacht!“ versicherte Pitts.

„Es war eine gut durchgeführte Aktion!“

„Meinst du?“

Pitts spürte Zweifel in dieser Erwiderung. „Du nicht?“

Slim grinste. „Nun, die Sache war nicht schlecht, aber eine gute Aktion war es keineswegs.“

Der Heizer erwartete eine Erklärung.

„Hör zu. Wir haben versäumt, uns ein schriftliches Abkommen vom Kapitän zu holen. — Zuerst ein Abkommen, damit niemand uns wegen dieser Aktion bestrafen kann! Jetzt kann der Alte uns bei der Amusterung für den heutigen Feiertag zwei Tage Feuer abziehen. Er kann auch den ausgezahlten Ueberstundenlohn abziehen . . . Behauptet einfach, es sei Vorstoß gewesen!“

„Ach, Unsinn! Ihr habt doch so viele Zeugen!“

„Zeugen — was wiegt schon unser Wort gegen das der Herren Offiziere?“

Pitt wollte nicht recht glauben. „Ja, wenn es darauf ankommt, dann kann euch der Alte auch den Saß geben, wenn ihr zehnmal was Schriftliches habt.“

„Richtig! Aber nicht so leicht ins Gefängnis stecken!“

Verdugt blickte Pitts ihn an. Daran hatte er noch nicht gedacht.

Slim lächelte. „Ja, Genosse. Mit einem schriftlichen Ueber-einkommen in der Hand wären wir Gentleman. Jetzt sind wir gefährliche Meuterer.“

Die beiden überlegten. Sie kannten Kapitän Hortense. Er würde sicher vor keinem Mittel zurückstehen, um sich zu rächen.

„Hast du schon mit Stanley und den andern darüber diskutiert?“

„Noch nicht. Bevor wir das tun, müssen wir als rote Gewerkschaftler mit konkreten Vorschlägen kommen.“

Pitts hustete und wurde nachdenklich. Er suchte nach einem Weg, wie man die Sache aufholen konnte. Indes rückte Slim näher heran:

„Vor allen Dingen müssen wir jeden einzelnen Mann aus deiner Gang beschnuppern!“

„Worüber?“

„Heuerraub zum Beispiel.“

„Das kann ich dir schon jetzt sagen. Alles ist mächtig furchtbar darüber.“

„Fühnsch genug, um in Kopenhagen zu streifen?“

„— in Kopenhagen zu streifen: für Rückgabe der geraubten Feuer und für restlose Auszahlung der verdienten Feuer.“

Pitts pfiß durch die Zähne. „Im Ernst? Sind das die Forderungen der JSB?“

Slim nickte.

„Aber wir haben doch schon die Musterrolle unterschrieben! — Und dann die Seemannsordnung!“

„Reedereistricke! Die müssen wir uns vom Hals schaffen!“

Pitts verfiel in Gedanken.

Helle, kräftige Sonnenstrahlen durchschossen die Gardinen. Wie lange Speere bohrten sie sich in den Boden. Vor den Augen des Heizers brach die Messingringel der Maschine plötzlich aus den Fallungen. Wie von unsichtbarer Hand wurde ihr Gestänge ins Maschinendeck hinabgeschossen. Das Deck hörte auf zu zittern, zu vibrieren. Gestoppt!

Unbewußt flehnte der Heizer die Zähne. Von fern her klang eine Stimme: „Machst schon klar Dea, hey?“ Pitts fuhr auf. Eine unheimliche Stille summt in seinen Ohren, wie er sie nur im Schützengraben erlebt hatte, in den toten Minuten vor einem Angriff.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterjugend, das bringt das Dritte Reich:

Schamlose Ausbeutung durch Nazigutsbesitzer

21 Mark Lohn für 13 Monate Arbeit — Junge Landarbeiter und -arbeiterinnen, kämpfen mit in Antifaschistischer Aktion!

Peterwig. In Versammlungen und in der Nazipresse kann man immer große Töne von der sogenannten „Volksgemeinschaft“ zu hören bekommen. Wie diese in Wirklichkeit aussieht, das beweisen die zahlreichen Fälle, die wir schon aufgezählt haben, wo die faschistischen Gutbesitzer ihre Untergebenen brutal und rücksichtslos ausbeuten. So hat sich auch hier wieder ein Fall ereignet, der insbesondere den Landarbeitern zu denken geben muß, was sie erwartet, wenn das vielgepriesene „Dritte Reich“ zur Wirklichkeit werden sollte.

Die 17jährige Arbeiterin G. war bei dem Nazi-Landwirt Dittlich in Peterwig dreizehn und einen halben Monat beschäftigt. An Lohn wurde bei Festlegung des Arbeitsverhältnisses monatlich 10 Mark ver-

einhart. An und für sich nur ein Taschengeld, aber kein Lohn für die schwere Arbeit der Landarbeiter. Das Mädchen hätte also müssen für die gesamte Zeit 130 Mark an Lohn ausgezahlt bekommen. Aber unter Nazi-Dittlich denkt anders. Wahrscheinlich hatte er auf die Nachübernahme des „arischen Abols“ gehofft, und war der Meinung, daß dann die Proleten sowie so betrogen werden.

So bekam die Jungarbeiterin für die gesamten dreizehn Monate sage und schreibe 21,50 Pfg. ausgezahlt.

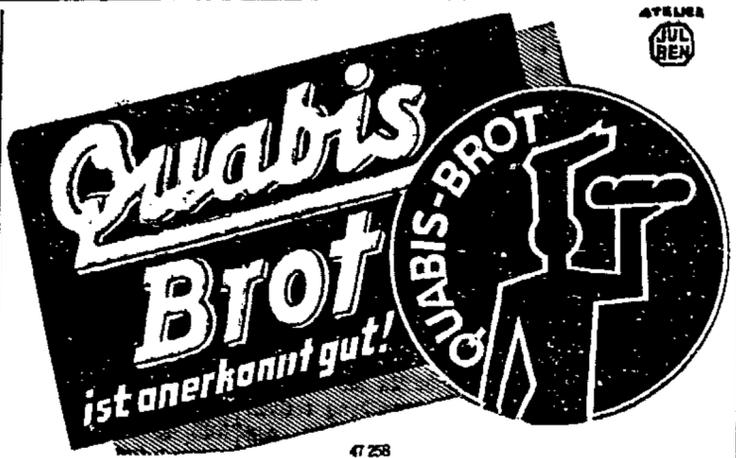
Nach sonst gibt es allerhand Heblische Dinge bei diesem Saßsteuerkollektoren. Seine treue, deutsche Ehehälfte will natürlich hinter ihrem Gemahl nicht zurückstehen. Sie führt die Papenschen Notver-

ordnungen auf ihre Art durch. So teilte sie eines Sonntags das Fleisch zum Mittagessen aus. Das Dienstmädchen, das die ganze Woche fast umsonst schuftete, hat sich des Sonntags auch ein Stück Fleisch verdient, das wird jedem verständlich sein. Unsere „brave Nazibäuerin“ aber hat einen gesunden, deutschen Sinn und denkt, daß dies nicht notwendig sei. Das Dienstmädchen wird einfach betrogen. Hinterher sagte sie: Ach, jetzt habe ich ja die vergessen, da werden wir's halt mal lassen. Das Mädchen bekam kein Fleisch.

Wir können diesen schamlosen Ausbeutern nur sagen, daß diese Zeiten bald vorüber sind, und die Arbeiterklasse einmal die fleischlosen Zeiten für diese Herrschaften einführen wird...

Die Landarbeiter, insbesondere die Jungarbeiterinnen, müssen an diesem Beispiel erkennen, daß sie mit der Nazi-Partei, die die schlimmsten Ausbeuter in ihren Reihen hat, nichts gemein haben dürfen. Im Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter müssen die Landproleten, muß die Landarbeiterjugend ihre Lebensgeister verteidigen und den Kampf gegen die rigorose Ausbeutung der faschistischen Gutbesitzer führen.

B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau und Umgegend

West Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren Franz Rzehulka Alsenstraße 48, Ecke Leufhenstraße. 4164		Leinenhaus Gotthard Völkel Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 47911 (2. Haus vom Ring) Gute Berufskleidung und Wäsche jeder Art		Bäckerei u. Konditorei Karl Busch Hedwigstr. 22 / Filiale: Sternstr. 122 Karlowitzermarkt 11 46799		Konzerthaus Kroker am Waldensamm 48238 Das beliebte Familien-Lokal Jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag: Konzert	
Molkereiprodukte Erna Baudis Friedr.-Wilh.-Str. 80 47660	Pani Fröhlich Kolonialwaren Bergstraße 24 47158	Josef Mateyka Fleischer u. Wurstfabrik Gute Ware, niedrige Preise nur Rosenthaler Straße 4		Genossenschaftshaus Gröbchen früher Kopf & Bürke 48245 Saal für Vereine zu Festlichkeiten Schattiger Garten — Sonntag Tanz Inh. Fritz Schwinitzky, Gröbchenstr. 191-198		Maruska's Gesellschaftshaus Kleiner Luna-Park, Morgenau Saal u. Garten-Etablissement empfiehlt sich für alle Vereine-, Familien-Festlichkeiten 48237	
Merkur-Drogerie Leuthenstraße 12-14 empfiehlt Drogen, Farben Lacke, Pinsel 47659	Paul Busch Feinkost- und Molkereiprodukte sämtl. Kolonialwaren Friedrich-Wilhelm-Str. 100 47924	Feine Fleisch- und Wurstwaren bei Heinrich Berndt Weidenburger Str. 33 47925		Fleischermeister Otto Kirsch empfiehlt sich bestens Rosenthaler Straße 28 48241		Knoblich's Paradis, Oswitz Saal u. Garten für Festlichkeiten 48070 (auch Sonntags zu vergeben)	
Emanuel Ksoll Molkerei Breslau 6, Alsenstraße 21 47163				Feine Fleisch- und Wurstwaren bei J. Hauer Paulstraße 14 48254		Trinkt Traube-Weine 48915	
Kolonialwaren, Drehrulle, bei Ruffe 38lner Alsenstraße 58 — Popelwitzstraße 25 47825	Brot und Feinbackwaren bei Willy Walter Bäranstraße 12 48075	Fahrräder u. Reparaturwerkstatt Karl Kapalle, Steinauer Str. 31 47180 Reserviert		Lebensmittelhaus Luise Hertrampf Schießwerderstraße Nr. 41 48248		Paul Rudolph, Brüderstraße 46 EDEKA-Laden 47708 Kolonialwaren, Weine, Spirituosen	
Kolonialwaren, Lebensmittel Neugebauer & Krumpelt Langegasse 56 48071	Möbel und Polsterwaren zu niedrigsten Preisen Meta Meister, Andersenstr. 4 48077	Nord-Ost Kaufhaus Loewe 48252 Fürstenstraße 2, Ecke Brigittental fabriziert selbst billig und gut		Feine Fleisch- und Wurstwaren bei J. Hauer Paulstraße 14 48254		Erneuere Dein Heim durch Lacke — Farben nur vom Fachmann Erich Hoffmann, Bobrauer Straße 89 47928	
Kolonialwaren Josef Walter, Mariannenstr. 21 47159	Fisch-Spezialgeschäft Meta John Frankfurter Straße 157 Tel. 21 432 Einfach-Bier von Wiesner 47804	Zentrum A. Marek Möbel- und Polsterwarenhause 48253 Klosterstraße 30-32		Goldberg Fleisch- u. Wurstwaren O. Rothe Untere Redstraße 2 48379		R. E. Horvay, Kolonialwaren, Delikatessen 9 Prozent Rabatt 48069 Hauptgeschäft: Bahnhofsstraße 89 Filiale: Gröbchenstr. 26, Ecke Heilestraße	
Joh. Hammerling Kolonialwaren Delikatessen Grünstraße Nr. 15 47802	Nähmaschinen Dörkkopp, Adler, Anker, Viktoria für Haus und Gewerbe 46553 Fahrräder — Sprech-Apparate — Radio sämtliche Fabrikate gegen erleichterte Zahlungs-Bedingungen Georg Greulich, Hammerel Nr. 52	Edeka-Roggenbrot gibt Kraft und Gesundheit 48076 Nur erhältlich in den Edeka-Geschäften!		Fahrräder, Nähmaschinen, Rundfunkgeräte R. Hänsch — Reparaturen — 48081		Neumarkt Obst, Gemüse, Bindwerk Topfwaren, Rosen Obstbäume, Bäume bei J. Lorenz 48083 Ring 2-3	
Beerdigungs-Institut Gebr. Heinrich, Bestattungs-Versicherung Breslau 1, Klosterstraße 26 Zweiggeschäfte: Kupferschmiedestr. 81, Webskystr. 4 48350	Kinderwagen — Bettstellen Korbwaren JONAS, Reuschestraße 40 48098	Gut und billig decken Sie Ihren Bedarf an Strumpfwaren in der Chemaitzer Strumpfwarenfabrikation Niederlage: Gräbschener Str. 38 48372		Uhren, Goldwaren M. Sander Liegnitzer Straße Nr. 38 48080		Sarg- und Möbelscherelei Hugo Deimel, Junkernstr. 20 48086	
Schuh-Willie Neumarkt 16 empfiehlt sich bestens 48235	Herrenstoffe / Reste billig! TUHLAGER FRITZ GLOFKE 48248 Breslau 1, Ring 19	Damenhüte kaufen Sie am billigsten bei Schmiedstraße 15 16 Hulda Siedner 48246		Kauf bei Beer Beer ist billig! Goldberg, Reiffersstraße 6 48082		Ohlau Alle Lebensmittel bei L. Ubrich Nachl., Oderstr. 44 47501	
Uhren / Ringe / Gold / Silber / Fahrräder Ankauf, Bezeichnung, Verkauf Leihhaus Lachmann Poststraße 1 48239	Foto-Kopieranstalt „Schlesien“ Mariastraße 47 48244 Telefon 24286 Entwicklung — Kopiert — Vergrößert Schnellste und billigste Lieferung 48247	A. Schöller Nikolaistraße 68 48073		Kaufhaus Riesefeld Ring 9 47302		Schnellbefehlshaus M. Karpow 47504 Welgerstraße 8 Filiale: Mitzdorf	
Schuhmachermstr. Franz Jung Kupferschmiedestraße 43 48242	Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“ Inh.: Hermann Wittke — Telefon 46127 Zimpfer Straße 37 6 Minuten von der Straßenbahnlinie 1 Annehmliche Kantine — Für Familien besonders geeignet Gute Verpflegung — Ausschank von HAASE-BIER 48287	Waldschlößchen Friedrich-Ebert-Straße 17-19 Angenehmes Familienlokal Schöner Saal — herrlicher Garten 48088		Kurz-, Weiß- und Wollwaren 47503 Elise Meide, August-Feigestraße 4		Städtische Gaswerke Neuzeitliche Gasapparate Bequeme Teilzahlg. 47510	
Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!				Schuhhaus Schape Ring 18 47513		An- und Verkauf von Bekleidung, Möbel und Schuhwaren Hermann Reiner, Zifferstraße 1 47511	
				Kaufhaus S. Ritter 47512		Lebensmittel Feinkost, Wein, Spirituosen, Tabakerzeugnisse, Kohlen Am Jahresabschluss 6% Rückgewähr	

Das Zentrum für das Papen-Schleicher-Programm

„Der günstige Einfluß einer solchen Maßnahme nicht zu verkennen“

Unleugbar zeigt besonders die „Germania“ das Bestreben, den christlichen Arbeitern die neue sozialreaktionäre Notverordnung der Schleicher-Papen-Diktatur schmackhaft zu machen. „Keine neuen Ueberraschungen“, „keine besonderen Ueberraschungen“, damit leitet die Spinnenotiz und der Leitartikel des Zentrumsblattes vom 6. September seine Abschwächungsversuche ein. Schon das ist ein schändlicher Schwindel, denn unter anderem bringt die ungeheuerliche Verordnung gegenüber der Rede Papens in München auch noch „die Ueberraschung“, daß die Regierung ermächtigt wird,

„die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen.. Auch die Arbeitsloshilfe kann einfacher geregelt werden. Jedenfalls scheint die Dreiteilung der Unterstützung keine durch die Natur der Dinge auferlegte Notwendigkeit zu sein.“

Die Notverordnung signalisiert damit die „Zusammenlegung“ der Erwerbslosen, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, natürlich auf den Stand der gekürzten Wohlfahrtsätze.

Die „Germania“ versucht weiter die verschiedenen anderen Maßnahmen der Notverordnung zu rechtfertigen und als richtig und dem Interesse der Massen entsprechend hinzustellen:

„Es besteht kein Zweifel daran, daß die jetzigen großartigen und kühnen Maßnahmen der Regierung einen Versuch bedeuten, den Schrumpfsprozess der Wirtschaft endgültig aufzuhalten und in sein Gegenteil umzubiegen, und zwar mit Mitteln, die nur gewagt werden können, weil die Weltwirtschaftslage in den letzten zwei bis drei Monaten ein freundlicheres Gesicht bekommen hat.“

So entschuldigt das Zentrum Brünning, zu dessen Regierungszeit die Weltwirtschaftslage eben anders gewesen sei, so schafft das Zentrum Illusionen, als zeige die Weltwirtschaftslage „ein freundlicheres Gesicht“ und so unterstützt die Zentrumspartei Papens exzessive Lohnabbau- und Subventionsmaßnahmen als „großartig und kühn“ usw. Die „Germania“ lobt an einer anderen Stelle ebenso die Steuergutschriften und die Geschenke an die Unternehmer und erklärt, daß der

„unmittelbare und günstige Einfluß einer solchen Maßnahme für die Entlastung des Arbeitsmarktes“

nicht zu verkennen sei!

Die „Germania“ versucht dann in einem Atem die Maßnahmen Papens gutzuheißen und in unglaublicher Demagogie zugleich die Arbeiter „zu bedauern“:

„So sehr man wünschen muß, daß die Bemühungen der Reichsregierung den Erstarrungskampf der Wirtschaft zu lösen und die Versuche zur Arbeitsbeschaffung großen Stills Erfolg haben, so sehr muß man bedauern, daß zu einem nicht geringen Teil

die noch in Arbeit befindlichen Arbeitnehmer zunächst (?) die Kosten hierfür aufzubringen haben werden.“

Schließlich beruft und hofft das Zentrumsblatt auf — den Reichspräsidenten, auf Hindenburg, der ja die Verordnung unterzeichnet hat.

Die christlichen Arbeiter pfeifen darauf, von der „Germania“ bedauert zu werden. Das Bedauern stillt ihren Hunger nicht und läßt sich auch nicht zu Schuhsohlen verarbeiten.

Die christlichen Arbeiter haben die Aufgabe, in ihrem Interesse jetzt die Konsequenz zu ziehen. Gehen die Brüning und Kaas mit Papen und mit Hitler zusammen, so marschieren die

christlichen Arbeiter gemeinsam mit den Kommunisten in einheitlicher antifaschistischer roter Front, gegen Lohnkürzung, Sozialabbau und Faschismus.

Jeder Betrieb

sammelt für die

Antifaschistische Aktion!

Die Reichstagsfraktion der Kommunisten fordert:

Fort mit den Notverordnungen!

Milliardengehälter an die reichen Fabrikherren, Bankiers und Großagrarien — unterhörteter Lohn- und Gehaltsabzug und somit weiteres Elend haben die letzten Notverordnungen zur Folge.

Während die Führer der SPD, des Zentrums und der Nationalpartei der Regierung der herrschenden Kapitalisten helfen, ihre faschistische Notverordnungspraktik durchzuführen, rufen die KPD und die RGO die Arbeitermassen zum Kampf gegen die Hungeroffensive der Kapitalisten auf.

Gleichzeitig hat die Reichstagsfraktion der Kommunisten sofort nach Bekanntwerden der Notverordnungen vom 4. und 5. September die sofortige Aufhebung derselben gefordert.

Antrag

Zorgler und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen die Verordnung der Reichsregierung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 (Reichsgesetzblatt I

Nr. 58 Seite 433), erlassen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsloshilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Berlin, den 6. September 1932

Antrag

Zorgler und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 57, Seite 425) ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Berlin, den 6. September 1932

Die Reichstagsfraktion der KPD erwartet die Unterstützung der Arbeiter in Betrieb, Kontor und Stempelstelle durch Massenkampf der Antifaschistischen Aktion gegen Hunger und Faschismus!

Textilarbeiter! Verteidigt eure Lebensinteressen im Kampf!

Reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie singen Klagelieder auf die Not der Textilarbeiter — Vom Kampfe gegen die Not kein Wort Textilarbeiter, gebt ihnen die Antwort, indem ihr die Betriebe streikfertig macht!

Langenbielau. Angesichts der Tatsache, daß die schlesischen Textilbarone die Lohnsätze gekürzt haben, rufen auf einmal die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten die Not der Textilarbeiter aus, verlangen, daß endlich dem Lohnabbau Einhalt geboten werden soll, und lauter solcher schönen Dinge. Von der Organisierung des Abwehrkampfes, der Streikfertigmachung der Betriebe kein Wort. Gerade die Feststellungen, die von diesen „Vertretern des Kapitalismus“ über die Not der Textilarbeiter gemacht und zugegeben werden müssen, sind dazu angelegt, den Arbeitern die Augen zu öffnen und vor die Frage zu stellen: „Warum wird nichts unternommen, warum wird nicht der Streik proklamiert gegen dieses ungeheure Elend, gegen die Wassennot?“ Das Organ des Textilarbeiterverbandes stellt in seiner Ausgabe vom 2. September fest, daß es

Mitte August 1929 76 000 arbeitslose Textilarbeiter, Mitte August 1932 aber 245 427 arbeitslose Textilarbeiter

gab. Dann rechnet das Blatt die Kurzarbeiter dazu und kommt zu dem Ergebnis, daß 48 Prozent aller Textilarbeiter heute schon arbeitslos seien.

Weiter beschwert man sich jetzt auf einmal über den Abbau in der Arbeitslosenversicherung. Solange die Arbeiter im Betriebe gestanden haben, waren sie gute Beitragszahler, jetzt bekommen sie teilweise gar keine oder nur ein paar Hungerpfennige Unterstützung. Man vergißt aber dabei anzudeuten, daß es gerade der sozialdemokratische Arbeitsminister Wiffel war, der mit dem Abbau der Arbeitslosenversicherung begann, und von der Brüning-Regierung, die von den SPD- und Gewerkschaftsführern unterstützt wurde, in verschärftester Weise fortgesetzt wurde.

Weiter schreibt man, daß durch diese Maßnahmen

die Empörung der Textilarbeiterschaft wächst

und „mit dem wachsenden Unmut eine ebenso bedrohliche Gleichgültigkeit gegenüber Recht und Lebenswert“ sich breit macht. Damit versucht man die Empörung der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, den schlechten Versammlungsbesuch usw. zu begründen. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge so, daß selbst die getreuesten Anhänger (wie wir es erst bei der Mitgliederversammlung des Textilarbeiterverbandes in Reichsbach feststellen konnten) das Vertrauen in den Gewerkschaften und ihrer Führung verlieren. Nachdem ihnen jahrelang der Schwindel der Wirtschaftsdemokratie, des Schlichtungswesens, und daß man in Zeiten der Krise nicht kämpfen kann usw., eingepaukt worden ist, beginnen sie immer mehr einzusehen, daß sie elend betrogen und verraten worden sind. Auf diesem Wege wurden die Textilarbeiter in ein Elend geführt, wie es kaum in den schlimmsten Elendsjahren dagewesen ist.

Der „Proletarier“, das sozialdemokratische Organ, schreibt zu dem neuen Raubzuge: „An dem entschlossenen Willen der Arbeiter-

schaft muß diesmal der Raubzug auf ihre Taschen scheitern. Es gibt eine Grenze, und diese ist erreicht. Wer nur einen Ausweg weiß: Löhne senken, der soll abtreten.“

Die Textilarbeiter werden besser wie diese Leute begreifen, daß die Nachhader von heute niemals freiwillig abtreten werden. Nur gezwungen durch den revolutionären Klassenkampf werden sie abtreten müssen. Das aber geschieht, indem man die Arbeiter mobilisiert gegen jeden Pfennig Lohnraub, indem man die Mehrwertquellen des Kapitalismus lahm legt, die Betriebe. Dies wollen aber die Gewerkschaftsbürokraten nicht, sie wissen, daß dadurch die Grundmauern der heutigen Ausbeuterordnung erschüttert werden und ins Wanken geraten. Sie aber haben ein Interesse daran, dieses System „zu festigen und zu heilen“, wie sich Larnow in Leipzig auf dem ADB-Kongress ausdrückte.

Aus diesem Grund auch kein Sterbenswörtchen im „Proletarier“ über das, was unternommen werden soll gegen die neuen Verschlechterungen. Im Gegenteil, die übrigen Ausführungen gipfeln in einer schamlosen Hege gegen die kommunistische Partei und die RGO. Die Worte in der „Arbeiterstimme“, daß die Leuchtenberger u. Co. genau so wie in den früheren Kämpfen hinter dem Rücken der Arbeiterklasse kühnhandelnd und diese vor fertige Taschen stellen werden, haben es ihnen angetan. Die Textilarbeiter aber wissen besser Bescheid, oder war es anders? War es nicht Leuchtenberger, der erklärte:

„In Zeiten der Krise kann man nicht streiken, die Arbeitslosen werden den Streikenden in den Rücken fallen, gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch läßt sich nichts machen“

und so weiter. Ja, man stelle es sich noch als einen Erfolg der Gewerkschaften hin, wenn statt 15 Prozent Lohnabbau nur 10 Prozent durchgeführt wurden. „Zur geeigneten Stunde wird man die geeigneten Maßnahmen ergreifen“, das ist das einzige, was der „Proletarier“ den Textilarbeitern auf den Weg gibt. Mit diesen Worten versucht man die Arbeitererschaft zu trösten und abzuhalten vom Kampf, um ihnen dann wie immer zu sagen: „Es läßt sich nichts machen, aber das nächste Mal passiert so etwas nicht mehr.“

In dieselbe Kerbe haut auch

Der christliche Textilarbeiterverband.

In einem längeren Artikel im „Langenbielauer Anzeiger“ wird die Not der Textilarbeiter begründet. Man macht da interessante Feststellungen, die diesen Bürschen bei ihrer Schandpolitik selber ins Gesicht schlagen. So führt man Fälle an, wo

ein Textilarbeiter im letzten Monat 56 Mark verdient hat. Für Miete mußte er 10,34 Mark abgeben und für Heizung, Beleuchtung und Versicherung 11,90 Mark. Der Familie verblieben daher pro Tag und Kopf 19 Pfg. zum Leben.

Bei einer anderen Familie werden 30 Pfennig den Tag festgestellt, ja bei einer sogar 18 Pfennig.

Diese Feststellungen schlagen allen christlichen Textilarbeitern ins Gesicht. Sie sehen hier am besten, wohin sie durch die Politik ihrer Gewerkschaften gekommen sind. Sie müssen erkennen, daß diese ungeheure Notlage, die dauernden Verschlechterungen ihrer Lebenslage nur mit der Waffe des Streiks zurückgeschlagen werden können. Weg mit dem Schwindel, daß Wirtschaftskämpfe während der Krise erfolglos seien.

Die Textilarbeiter, ganz gleich ob sie im reformistischen oder christlichen Verband organisiert sind, müssen sich die Worte ihrer Führer einmal ernstlich überlegen. Diese betonen auch jetzt wieder, daß die Gewerkschaften die Unternehmeroffensive abwehren werden, auf der anderen Seite aber erklären sie, daß sich in Krisenzeiten nicht streiken läßt. Gerade in der Krise werden die Angriffe der Unternehmer auf die Arbeiter am stärksten sein, und gerade während der Krise ist — nach der Meinung der Gewerkschaftsführer — kein Kampf zu führen. Dann stellt die Frage: Welche Bedeutung haben dann die Gewerkschaften überhaupt noch als Machtfaktor? Die Sache ist eben die, daß die Gewerkschaften dadurch die Massen an sich fesseln und ihre Macht in Ohnmacht für die Arbeiterklasse verwandeln.

Textilarbeiter, kämpft in roter Einheitsfront!

Dies muß verhindert werden! Alle Textilarbeiter, ganz gleich welcher Richtung, müssen sich in der roten Einheitsfront zusammenschließen, in der antifaschistischen Aktion den Kampf organisieren, gegen neuen Lohnraub und Verschlechterung ihrer Lebenslage. In Abstellungs- und Betriebsversammlungen nehmt sofort zu den Abwehrmaßnahmen Stellung und laßt Kampfbeschlüsse. Die Belegschaftsversammlung der Dierig-Arbeiter am Sonnabend zeigte, daß die Textilarbeiter diesen Weg noch nicht in ihrer Gesamtheit erkannt haben, und sich noch viel zu wenig um ihre Lebensinteressen kümmern. Die Versammlung zeigte aber auch, daß die Arbeit unserer Betriebszellen und roten Betriebsräte, die bisher mangelhaft war, hundertprozentig verstärkt werden muß. Nur durch zähe, intensive Kleinarbeit im Betriebe selbst, können die Textilarbeiter für den Kampf mobilisiert werden. Das Versäumte muß schleunigst nachgeholt werden! Nur unter diesen Bedingungen wird es möglich sein, die Unternehmeroffensive zurückzuschlagen. Jetzt vorwärts zur Eroberung der Betriebe! Jeder Genosse tue seine Pflicht, unter den Fahnen der antifaschistischen Aktion, gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede Verschlechterung der Tarifverträge, gegen Faschismus, für ein freies sozialistisches Deutschland.

Betriebsarbeiter! Kämpft für die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

RUND UM DEN ERDBALL

Der Schnellzug Paris—Marseille entgleist

Paris, 6. September. Der Schnellzug Paris—Marseille—Ventimiglia, der Paris am Montag um 21.40 Uhr verlassen hatte, entgleiste am Dienstag gegen 10 Uhr in der Nähe von Marseille. Einer der aus den Schienen gedrungenen Wagen stürzte um und ging vollkommen in Trümmer. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sollen Todesopfer nicht zu beklagen sein. Acht Reisende wurden durch Holzsplitter und Quetschungen so schwer verletzt, daß sie in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus überführt werden mußten. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt.

Das Unglück ist angeblich auf einen Schienenbruch zurückzuführen. Von Marseille ist sofort ein Hilfszug an die Unfallstelle geeilt, um den Verletzten die erste Hilfe zu bringen. Die Aufräumarbeiten sind in vollem Gange.

Zerstörer

— mit großer Geschwindigkeit

Paris, 6. September. Der französische Torpedobootszerstörer „Cassard“, der jetzt seine amtlichen Versuche auf der Höhe von Orient durchgeführt hat, hat am Montag einen neuen Schnellkeitsrekord aufgestellt. Das Schiff, das am 3. November vergangenen Jahres vom Stapel gelassen wurde, erreichte eine Durchschnittsgeschwindigkeit von fast 43 Knoten und stellte damit alle anderen französischen Einheiten von derselben Klasse weit in den Schatten. Die „Cassard“ hat eine Wasserverdrängung von 2441 Tonnen, eine Länge von 122 Meter und eine Breite von 11,8 Metern. Es ist das erste Schiff einer Serie von sechs Einheiten, die zum Flottenprogramm 1929 gehören.

Der Retter ertrunken

In einem Weiber bei Rheindöllen ertrank ein junges Mädchen und der Sohn des Fährmeisters, der das Mädchen hatte retten wollen. Als das Mädchen beim Baden um Hilfe rief, tauchte der junge Mann nach ihr, er wurde aber umklammert und mit in die Tiefe gerissen.

Landjäger erschießt Arbeiter

Der Hauptwachmeister W. vom Landjägeramt Weenersdorf bei Danzig erschoss einen Arbeiter nach einem Familienstreit. W. will den Schuß in der Notwehr abgegeben haben.

Pfadfinder-Wohnschiff gesunken

Das Pfadfinder-Wohnschiff „Langsoog“, das in der alten Schlei's Bremerhaven vertaut lag, ist aus bisher nicht aufgekärter Ursache gesunken. Ob Personen ums Leben gekommen sind, steht noch nicht fest.

Die spinale Kinderlähmung

In Waldenburg ist die spinale Kinderlähmung so weit vorgeschritten, daß die Gesundheitsbehörden des Kreises und der Stadt beschließen haben, die Schließung aller Schulen im Stadt- und Landkreis für die Dauer von 14 Tagen anzuordnen.

Kampf mit Einbrecher

Ein mit einer Polizeipistole ausgerüsteter Einbrecher drang in der Nacht im Walde bei den Schießständen der Sensburger Schutzpolizei-Schule in die Wohnung des Polizeihauptwachmeisters S. ein. Sofort nach dem Einsteigen schoß der Einbrecher den Polizeihauptwachmeister S. nieder, darauf wurde er durch den zweiten Wachmeister niedergestreckt.

Amerikanerin fliegt Weltrekord

Im Rahmen der nationalen Geschwindigkeits-Fluggewinnrennen in Cleveland (Ohio), stellte die Amerikanerin Mae Haiglip einen Weltrekord auf geschlossener Bahn auf. Sie erzielte auf einem 3 Kilometer langen Kurs ein Stundenmittel von 411,2 Kilometer.

Großfeuer in einer französischen Schiffswerft

Paris, 6. September. In den späten Abendstunden des Montag brach in den Tischlereiwerkstätten der Schiffswerft von Saint Nazaire bei Rouen ein Großfeuer aus, das an den großen Holzvorräten reiche Nahrung fand. Das Feuer ist in einem Gebäude von über 150 Meter Länge ausgebrochen und droht die ganzen Fabrikanlagen zu zerstören. Von Rouen aus sind verschiedene Feuerwehren an die Brandstelle geeilt und versuchen, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

Anarchoindustrialisten als Kastrierer

Der Wiener Anarchistenführer Pierre Ramus wegen Kastrierung verhaftet

Wien, 6. September. Die Grazer Sterilisations-Affäre zieht immer weitere Kreise. Nun wurde auch in Wien eine Sterilisations-„Klinik“ entdeckt und festgestellt, daß in dieser Unruchtbarmachungs-Affäre der Anarchistenführer Pierre Ramus eine führende Rolle gespielt hat. Er wurde verhaftet.

Das Kastrieren war bis unlängst ein Monopol der orientalischen Despoten, die sich auf die Weise Eunuchen für ihre Harems zu schaffen pflegten, und der ungarischen Faschisten, die revolutionäre Führer zu überfallen und zu entmannen pflegten. Nun scheint auch der Anarchoindustrialismus sich dieses „Sports“ bemächtigt zu haben.

In Klosterneuburg bei Wien lebt der Führer der österreichischen Anarchoindustrialisten, Rudolf Großmann, der sich Pierre Ramus nennt. Er ist der Redakteur der anarchistischen Zeitung, die sich „Organ der herrschaftslosen Sozialisten“ nennt. Die Haupttätigkeit dieses Organs ist seit Jahr und Tag, die Sowjetunion mit Kübel Schmutz zu begießen, den Kampf gegen die Kommunisten zu führen und Verwirrung in die Arbeiterreihen zu tragen. Das einzig Vorteilhafte, das man dieser

Ein Weltrekord in Schnelligkeit

So urteilt der berühmte amerikanische Ingenieur Cooper

Moskau, 6. September. Der Bau in Dnjeprostroi, dem größten Kraftwerk der Welt, ist jetzt so weit gediehen, daß die amerikanischen Berater unter Leitung des Ingenieurs Cooper ihre Arbeiten abschließen konnten. Bei ihrer Abreise von Dnjeprostroi sagte Cooper u. a.:

„Bei dem Bau des Dnjeprostroi, an welchem im Jahre 1930 durchschnittlich 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren, wurde ein Weltrekord in Schnelligkeit beim Betonieren erreicht.“

Seit 1927 wurden 1 600 000 Kubikmeter Beton auf granitnen Unterlagen gelegt, wozu ein Aufbau des Ueberfließungsgerüsts notwendig war, das an Wagenmut und Schwierigkeiten einzig dasteht. Die volle Kapazität des Kraftwerkes beträgt 810 000 Pferdekkräfte, von denen 450 000 bereits ausgenützt werden. Die Uebernahme des Kraftwerkes durch die Sowjetbehörden wurde so vorgenommen, daß die Amerikaner, wie sie sagten, „eine herrliche Erinnerung davon bewahren werden.“

„Wir alle“, so erklärte Cooper, „russische sowohl wie amerikanische Ingenieure, vergaßen unsere Baujorgen und das ab-

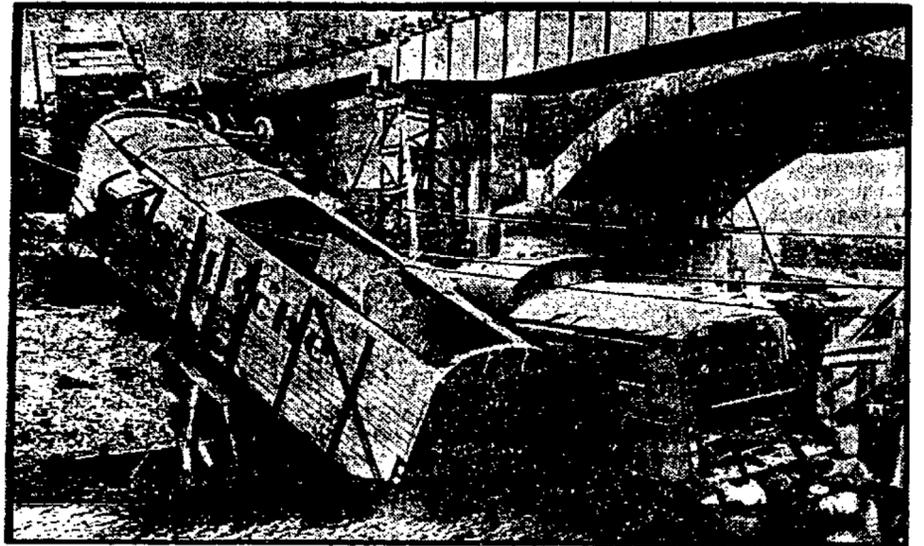
geschlossene Bild unserer gemeinsamen Bemühungen macht uns glücklich, wenn wir an unsere gemeinsame Arbeit zurückdenken. Nachdem die Sowjetregierung unsere Arbeit übernommen hat, ist ein Ariesprojekt des Fünfjahresplanes, auf das so viele Hoffnungen gesetzt wurden, zur Wirklichkeit geworden.“

Anweit von Dnjeprostroi wird ein Zentrum der Metallindustrie beendet, das 2500 Millionen Kilowattstunden Elektroenergie verbraucht und die Gesamtkapazität der Elektrozentrale wird in den Häusern von Millionen Bewohnern willkommene Hilfe leisten. Die praktische Erfahrung, die die Völker der Sowjetunion bei Dnjeprostroi gemacht haben, stellt einen Hebel dar, der das Lebensniveau der Sowjetunion erhöht und dieses Lebensniveau wird fernerhin weiter steigen.“

Cooper schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Kein klugdenkender Mensch, der den Dnjeprostroi sieht, wird jetzt noch zweifeln können, daß die Völker der Sowjetunion eine starke industrielle Macht werden können. Indem wir Abschied nehmen, beglückwünschen wir sie für die herrliche Ausführung der Arbeit und wünschen ihnen für die Zukunft jeden Erfolg.“

Glücklicherweise nur Sachschaden!

Auf der Strecke zwischen Ems und Westbevern ereignete sich ein schweres Eisenbahnglück, das jedoch keine Todesopfer forderte: der Eilgüterzug Bremen—Hamburg entgleiste bei der neuen Emsbrücke, die Wagen sprangen aus den Schienen und stürzten in das Fußbett der Ems.



Die Bevölkerung der Erde

Wachstum und Verteilung auf die verschiedenen Erdteile

Genf. Das in diesen Tagen erschienene statistische Jahrbuch des Völkerbundes für 1931—32 zählt die Gesamtbevölkerung des Erdballs auf 2012,5 Millionen Menschen.

Die Bevölkerung ist auf die einzelnen Weltteile folgendermaßen verteilt:

	1930	1931
(Millionen Menschen)		
Asien	1092	1103
Europa	498	506
Amerika	248	252
Afrika	144	142
Australien	9,5	9,8

Die größeren Zahlen bedeuten nicht überall eine tatsächliche Bevölkerung der Bevölkerungszahl. Für Asien zeigt die höhere Ziffer nur, daß die vorjährigen Daten präzisiert worden sind. In Wirklichkeit ist in einem der größten asiatischen Staaten — in China — die Bevölkerungszahl nicht gestiegen, sondern um sechs Millionen gefallen. Ebenso ist die Bevölkerungszahl Afrikas gesunken. Das Jahrbuch des Völkerbundes gibt keine Erklärung dieser Erscheinung an, es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß sie das Ergebnis der Kolonialpolitik der imperialistischen Großmächte, der Zwangsarbeit, des Sklavenhandels und anderer „Errungenheiten“ der kapitalistischen Kultur ist.

Von den asiatischen Ländern hat China eine Bevölkerung von

453 Millionen, Indien 352 Millionen, Japan 65 Millionen (mit Einschluß von Korea und den anderen Kolonien 92 Millionen).

Die Bevölkerung der UdSSR. bezieht sich nach Angaben des Jahrbuches auf 162 Millionen; davon entfallen auf den europäischen Teil der Union 127 Millionen.

Der größte Jahreszuwachs der Bevölkerung entfällt (die asiatischen Länder ausgenommen, wo die größeren Zahlen, wie gesagt, zum größten Teil nur wegen einer genaueren Zählung entstanden sind) auf die UdSSR., und zwar 3 Millionen; weiter folgen die Vereinigten Staaten mit 1,5 Millionen (die Gesamtbevölkerungszahl der USA. beträgt 124 Millionen), Polen 1 Million; Spanien 1 Million. Die Bevölkerungszahl Deutschlands und Englands hat sich in einem Jahr nicht verändert. In Frankreich stieg sie im Laufe eines Jahres um 600 000, während sie in Italien um 400 000 zurückging.

In Europa sind Finnland und Norwegen am schwächsten besiedelt; auf 1 Quadratkilometer entfallen in beiden Ländern 9 Menschen. Im europäischen Teil der EU. zählt das Jahrbuch 22 Bewohner pro Quadratkilometer, in Frankreich 76, in Italien 133, in England 185, in Deutschland 137, in Holland 233, in Belgien 270.

Kraftwagen überfährt Kindertwagen

Vater und zwei Kinder getötet

Freiburg (Sa.), 6. September. Am Montagabend überfuhr auf der Staatsstraße von Freiberg (Sachsen) nach Brand-Erbisdorf ein in Dresden wohnender Reisender einer Leipziger Firma mit seinem Kraftwagen den 26jährigen Wirtschaftsgesellen Mißbach aus Brand-Erbisdorf, der einen mit zwei Kindern besetzten Kinderwagen vor sich hertrieb. Mißbach und der Kinderwagen wurden in den Straßengraben geschleudert. Der Kraftwagen fuhr an einem Baum und wurde zertrümmert. Mißbach und sein zweijähriges Kind waren sofort tot, das andere Kind starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus.

Die Bluttat in Nordick aufgeklärt

Keddinghausen, 5. September. Wie die Polizeipressestelle Keddinghausen mitteilt, ist es den umfassenden polizeilichen Fahndungsmahnahmen gelungen, den dreifachen Raubmord, der in der Nacht zum Freitag an dem Gutsbesitzerpaar Sudhoff und deren Dienstmädchen in Nordick bei Herbern verübt wurde, aufzuklären. Auf Grund des am Tatort zurückgelassenen Jagdgewehrs wurde der Elektriker Beisemann aus Nordick, der vorübergehend bei Sudhoff beschäftigt war, als Täter ermittelt und in den Abendstunden des Montag in Dolberg bei Ahlen (Westfalen) festgenommen.

Bewegung nachfragen kann, ist das, daß es ihr bisher nicht gelungen ist, auch nur den geringsten Einfluß auf die Arbeiterchaft zu gewinnen.

Als die Polizei den Kastrierungsfall in Graz entdeckte, der darin bestand hat, daß Studer an, die im Medizinisch vollständig ungeschult sind, Arbeiter, die infolge der sozialen Notlage sich nicht leisten konnten, Kinder zu zeugen, vorpiegelten, den Samen vorübergehend zu unterbinden und dabei sie vollständig kastrierten, kam sie bald darauf, daß der geistige Urheber dieses niederträchtigen Betrugs kein anderer ist als Pierre Ramus. Dies geht aus Briefen und auch aus Aussagen der Verhafteten unzweifelhaft hervor.

Es ist auch festgestellt, daß Pierre Ramus und die seiner Bewegung nahestehenden Studenten diesen ganzen Schwindel allein aus Profitgründen betrieben haben. Nicht genug damit, daß sie die armen Menschen, die auf ihren Schwindel hereinfielen, entmannten, brachten sie sie noch um den letzten Groschen.

Diese ganze Affäre bildet mit ein interessantes Kapitel in der Tätigkeit der Anarchoindustrialisten.

Kampf dem Schulfaschismus!

Wie weit die Zentrum-Nazi-Koalition bereits gediehen ist, geht aus nachstehendem Beispiel hervor. In der katholischen Volksschule in der Talschloßstraße herrscht in der 6. Klasse der Lehrer Frank.

Aus dieser Meldung ist zu ersehen, welche Mitten der Schulfaschismus treibt. Man darf bei Betrachtung dieser Tatsachen nicht aus dem Auge lassen, daß diese Faschisierung nur möglich war unter der aktiven Mithilfe der sozialdemokratischen Minister.

Achtung! Straßenbahner und Gemeindearbeiter Breslaus!

Am Freitag, dem 9. September, erscheint in unserer Zeitung eine Sonderseite der Straßenbahner und Gemeindearbeiter. Kollegen, organisiert schon heute den Vertrieb dieser Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“.

Sonntagsrückfahrkarten der Eisenbahn gelten jetzt bis Montag 12 Uhr

Die Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten ist jetzt mit sofortiger Wirkung verlängert worden. Die Rückfahrt, die bisher bis 9 Uhr vormittags angetreten werden mußte, kann nunmehr mit Zügen erfolgen, die den Zielort der Sonntagsrückfahrkarte bis 12 Uhr mittags verlassen.

Ernst Thälmann jagte

auf der Februarnatung des Jh.: „Das politisch-ideologische Niveau der Partei aber in ihrer Gesamtheit, ist nicht befriedigend.“ Darum kommt in unseren Kurios: „Revolutionäre Streikstrategie und Taktik“.

Der tägliche Sondergerichtsprozeß

Und wieder aufreizendes Klassenurteil

Freibrief für braune Mordbuben — Antifaschisten zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt

Breslau. Am gestrigen Tage wurde unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hünersfeld vor dem Sondergericht erneut gegen eiserne Frontler und Kommunisten verhandelt. Staatsanwalt Menzel vertrat die Anklage. In einem Tage kurz vor der Wahl gingen die angeklagten Antifaschisten Strehler, Wolf, Trautmann, Fichte und Gimmeler in Meschwitz in den frühen Morgenstunden die Dorfstraße entlang.

Wie die gestrige Verhandlung ergab, konnte keinem der angeklagten Arbeiter, insbesondere den Hauptangeklagten Strehler, Wolf und Trautmann nachgewiesen werden, irgendwo eine Körperverletzung begangen zu haben.

Die Angeklagten Trautmann und Gimmeler wurden von Rechtsanwalt Sandmann verteidigt. Schon durch die Ausführungen des Rechtsanwalts Sandmann wurde die Anklage derartig erschüttert, daß man bei sämtlichen Angeklagten die Anklage hätte fallen lassen müssen.

Die Verteidigung der Roten Hilfe verlangte für seine Mandanten Strafbewehr, während Sandmann für den Eventualfall der Verurteilung eine geringfügige Geldstrafe für angemessen hielt.

Hinweg mit den Sondergerichten

Bezirkskonferenz der Roten Hilfe fordert Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen

Breslau. Am Sonntag fand die Bezirkskonferenz der Roten Hilfe Deutschlands, Bezirk Schlesien, statt. Diese Bezirkskonferenz war eine ausgesprochene Arbeitskonferenz.

Nach einigen Redebeiträgen der Agitationsgruppe der RHD, der Begrüßung der Roten-Hilfe-Pioniere, nach den Gedanken der Opfer der Klassenjustiz und der Opfer des Terrors, begann die Konferenz mit einem Referat des Mitgliedes des Zentralvorstandes des Genossen Otto, Berlin.

Genosse Otto ging von der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und im Weltmaßstab aus. Die Wirtschaftskrise versucht die Bourgeoisie in Deutschland und in allen kapitalistischen Ländern durch Abwälzung der Lasten auf die Schulter der werktätigen Bevölkerung, zu überwinden.

Dieser Schleier verschwindet und ist bereits verschwunden in dem Moment, wo der Klassenkampf sich zuspitzt. An die Stelle der Schöffen tritt der Einzelrichter, an die Stelle des Schöffengerichtes der Schnellrichter und in besonders zugespitzten politischen Situationen trampelt die Bourgeoisie ihre eigenen „Rechtsgrundsätze“ unter die Füße!

Die Klassenjustiz wird zur ausgeprochenen Raube- und Sonderjustiz gegen das Proletariat

Das sahen wir während der Kriegszeit, dann 1918/19, 1921, 1923 und erleben es heute durch die Einsetzung der Sondergerichte, in der schärfsten Form.

Dann zeigte Genosse Otto an Hand von Beispielen, wie der Kampf gegen die Klassenjustiz gesteigert werden kann. Mehr wie bisher muß die Anklagebank zur Tribüne der angeklagten Antifaschisten, welche das Verbrechen des Kapitalismus in alle Welt hinausstreuen, werden.

nach kurzer Beratung folgendes Urteil: Die Antifaschisten Wolf, Strehler und Trautmann werden wegen Verbrechen politischer Straftaten in Einheit mit Körperverletzung mit je vier Monaten Gefängnis bestraft. Fichte und Gimmeler wurden freigesprochen.

Steigert den Protest gegen die Sondergerichtsjustiz! Heraus mit allen proletarisch politischen Gefangenen! Heraus mit den verhafteten Proleten von Jellened!

Sieben Monate Gefängnis wegen einer Lapalie beantragt

Vor dem Sondergericht stand gestern ein Arbeiter, der angeklagt war, mit einem Fahrrad eine Sperre der Polizei durchfahren zu haben, er wurde von der Polizei deshalb verfolgt und nach Ausfragen eines Zeugen, unmenschlich verprügelt.

Die Arbeiter lernen immer mehr einsehen, daß die von der SPD-Führerschaft begrüßten und empfohlenen Sondergerichte sich nur gegen die Arbeiterschaft richten.

Die Arbeiter lernen immer mehr einsehen, daß die von der SPD-Führerschaft begrüßten und empfohlenen Sondergerichte sich nur gegen die Arbeiterschaft richten. Aus diesem Grunde muß der Prozeß gegen die Sondergerichte noch mehr gesteigert werden.

Die Arbeiter lernen immer mehr einsehen, daß die von der SPD-Führerschaft begrüßten und empfohlenen Sondergerichte sich nur gegen die Arbeiterschaft richten. Aus diesem Grunde muß der Prozeß gegen die Sondergerichte noch mehr gesteigert werden.

statt, deren Aufgabe es war, den Arbeitsplan für die nächste Zeit für den Kampf gegen die Klassenjustiz festzulegen, statt.

Vor dem Bericht der Kommissionen ergriff der Bezirksleiter der Kommunistischen Partei, Genosse Sandner, das Wort zu einer Begrüßung an die Delegierten der Konferenz. Genosse Sandner zeigte die politische Entwicklung. Er zeigte, daß die roten Helfer und roten Helferinnen auf einem Frontabschnitt des Klassenkampfes stehen, und wies darauf hin, daß der Sieg nur durch das gemeinsame Zusammengehen in der Antifaschistischen Aktion errungen werden kann.

Die Kommunistische Partei ist es, und nur diese allein, welche mit allen Kräften den Kampf gegen die Klassenjustiz, den Kampf um die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen Schulter an Schulter mit den roten Helfern führt.

Anschließend an die Ausführungen des Bezirksleiters der SPD, überbrachten Vertreter des Jh., der RHD, der Konferenz ihre revolutionären Kampfgrüße und gelobten ebenfalls, die Rote Hilfe in ihrem Kampf gegen die Klassenjustiz zu unterstützen.

Die Dorfarmut, vertreten durch das revolutionäre Kleinbauernkomitee, Liebenthal-Werdersdorf, sandte der Konferenz ein Begrüßungsschreiben, welches bei den Delegierten große Begeisterung hervorrief. Der Bericht der einzelnen Kommissionen, sowie die Diskussionen, bewiesen auf das deutlichste, daß die Rote Hilfe eine neue Wendung im Kampf gegen die Klassenjustiz im vergangenen Jahre vollzogen hat.

Nach der Wahl des neuen Bezirksvorstandes, der, um die Arbeit tatkräftig fördern zu können, schon zahlenmäßig um ein beträchtliches gesteigert werden mußte, so wie nach einem Schlußwort des Mitgliedes des Zentralvorstandes, wurde die Konferenz mit dem Gelöbnis, die Massen zum Kampf gegen die Klassenjustiz mobil zu machen, geschlossen.

Die Klassenjustiz wird zur ausgeprochenen Raube- und Sonderjustiz gegen das Proletariat. Das sahen wir während der Kriegszeit, dann 1918/19, 1921, 1923 und erleben es heute durch die Einsetzung der Sondergerichte, in der schärfsten Form.

Die Klassenjustiz wird zur ausgeprochenen Raube- und Sonderjustiz gegen das Proletariat. Das sahen wir während der Kriegszeit, dann 1918/19, 1921, 1923 und erleben es heute durch die Einsetzung der Sondergerichte, in der schärfsten Form.

Brieger Klassenjustiz wird erneut von sich reden machen

Brieg. Am 8. Juli 1932 wurde der Genosse Bernhardt aus Strehlen vom Brieger Schnellrichtergesicht wegen angeblichen Verstoßes gegen die Notverordnung vom 14. Juni 1932 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

In einem Plakat, welches zu einer öffentlichen Verammlung einladet, hatte irgend jemand einen aufreizenden Inhalt erdacht und eine Anzeige nach dem Mütter wie Halse produziert.

Um aber das bis dahin unzulängliche Material für eine Anklage unbedeutend zu machen, trat der der Arbeiterklasse von Strehlen rühmlichst bekannte Nazi-Pöbel Wred Weiß auf den Plan — er nennt sich neuerdings Pressevertreter der „Schlesischen Tagespost“ — und gab einem Polizeibeamten gegenüber an, er hätte von dritter Seite (!) erfahren, der Genosse B. hätte mit noch einem Genossen am Mittwoch in Strehlen zu Gemaltheiten gegen den am 8. Juli in Strehlen geplanten Nazi-Marsch aufgefordert.

Das Schnellrichtergesichtsverfahren machte es dem Genossen B. unmöglich, einen durchgreifenden Entlastungsbeweis anzutreten und wird dies nunmehr in der Verhandlung am 9. September gründlich nachgeholt werden.

Dieser Spießherrie Ubrich, Weiß und B. muß endlich einmal die Larve vom Gesicht gerissen werden, denn es geht nicht an, daß sich eine Polizei länger solcher Elemente bedienen darf, um Menschen, die nichts verbrochen haben, nur darum unglücklich zu machen, weil sie sich trotz allem Terrors und aller Heze als Kommunist bekennen.

Geschäftliches

Ausstellung „Gejunde Frau — gejunde Volk“

Am Montag abend sprach im Rahmen der Ausstellung Prof. Dr. Weidmann, Dresden, über das Thema: „Glaube, Aberglaube und Gejuntheit“. Die Ausführungen wurden durch zahlreiche, vielfach künstlerisch hochstehende Bilder aus der Sammlung des Deutschen Hygiene-Museums ergänzt und erläutert.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokale: Adolf Kopolowitsch in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Wandleihhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21 Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Rüstet zum Appell des Roten Massenselbstschutzes am 13. Sept.!

3000 Bergarbeiterfamilien im Mieterstreit

Gewaltige Kundgebung in Nieder-Hermsdorf — Schuhmann MdA. spricht zu den werktätigen Mietern des Waldenburger Reviers — In Deutschland gehen die Maurer bei 20 Grad Wärme stempeln — In Sowjetrußland arbeiten sie selbst bei 20 Grad Kälte — Die werktätigen Mieter des Waldenburger Hungerlandes in Antifaschistischer Aktion

Waldenburg. An der am Sonntag vormittag stattgefundenen Bezirksmitgliederversammlung des Mietervereins im „Flora-Bassin“ — über die wir schon gestern berichteten — nahmen annähernd zweitausend Mitglieder teil. Mit großer Hast, per Fahrrad und zu Fuß trafen sie ein, handelte es sich doch um eine brennende Frage. Werden unsere Mieter bezugslos, sollen wir dieselbe weiter vom Munde absparen, oder endlich in geschlossenem, hartem Kampfe die Behörden zum Nachgeben zwingen? Diese Fragen sollte der Bezirksvorsitzende, P. K. K. K. K., beantworten. Knobloch versuchte mit allen Mitteln in der vergangenen Zeit, durch Verhandlungen eine Mietsenkung durchzusetzen. Alles war umsonst. Am 3. September erklärte er, daß er den Bauherren von Nieder-Hermsdorf das Licht wegnahm und Polizei zur Durchsetzung dieser Maßnahme heranzog. Was kümmert es diesen Mann, wenn eine arme Arbeiterfrau bei einem matten Stearinsicht erblinden muß. Da gibt es keine Gewissensbisse. Der Minister tat noch mehr. Er sorgte dafür, daß Kollage Knobloch bei der Regierung nicht vorgelassen wurde. Schwarz wandte sich gegen das „Lageblatt“ und die „Bergwacht“, die versuchten, ihn in der Öffentlichkeit in der gemeinen Weise herabzusetzen. In derselben Weise wandte er sich gegen die einunddreißig Streikbrecher vom alten Mieterverein, die den 550 Streikenden in den Rücken fallen. Fünf Wochen stehen die Mieter im Streik und lassen sich von der Schupo nicht provozieren. Die dreitausend Bauherren werden, falls ihnen die Mieter nicht gehorchen, ab 4. September in den Streik treten. Und sollten 1000 Mann Schupo geschickt werden, wir werden unsere Wohnungen verteidigen bis zum äußersten. Durch öffentliche Versammlungen wird verhindert, daß den Wohlfahrtsempfängern eingeredet wird, man könne keine Unterstüpfungen zahlen, wenn die Miets nicht bezahlt wird, sobald diese Gerüchte auftauchen.

Ermittlungen werden nicht durchgeführt werden, wenn die Streikenden ihre Zusammenkünfte. Mit einem Appell an die Einigkeit und Geschlossenheit aller Mieter beendete Kollege Knobloch seine Ausführungen.

Der Vorsitzende des Reichswohnungsausschusses Reichstagsabgeordneter Genosse Schuhmann, Berlin, hielt ein vorzügliches Referat. Außer den sechs Millionen Erwerbslosen stehen drei Viertel aller Arbeitenden vor der Frage: Ent-

weder hungern und Miets bezahlen, oder keine Miets zahlen und nicht hungern. Der „Strukturstaat“ ist nicht mehr imstande, den Arbeitern menschenwürdige Wohnungen zu geben, Hunderttausende wohnen in elenden Baracken, in denen früher Gefangene hausten, oder wohnen mit anderen Familien zusammen. Alle Eisenbahnwagen dienen als „Wohnungen“. Alle sozialen Schichten müssen kämpfen, auch die Beamten müssen in die Einheitsfront mit einbezogen werden. Die Landesregierungen balancieren ihre Staatskassen auf Kosten der Mieter. In die Mieterschutzgesetze wurde von vornherein der Wurm gesät. Sieben Forderungenverordnungen wurden durchgeführt, alle zum Schaden der Mieter.

Das Vermögen der „Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge“ erhöhte sich von 20 000 auf 839 000 Mark.

Grund und Boden muß teuer bezahlt werden und auch die Architekten verdienen nicht schlecht.

In Rußland, dem Lande der Arbeiter

ist es anders, da ist der Boden umsonst und die Architekten sind Staatsangestellte. Dort werden acht Prozent des Verdienstes als Miets gezahlt. Dort wird ununterbrochen, auch bei 20 Grad Kälte, Tag und Nacht gebaut. Bei uns müssen die Maurer bei 20 Grad Wärme stempeln gehen, weil es nichts zu bauen gibt.

Wie im Betrieb der Kampf gegen Lohnraub und neue Steuern, ist auch der Kampf für die Wohnungen ein politischer Kampf.

Stehen die Mieter nicht felsenfest zusammen, werden sie auf die Straße fliegen, denn die Geiseln sind zum Schutze der herrschenden Klasse. Deshalb ist Solidarität das erste und höchste Gebot und auch die Arbeiter müssen das erkennen. Alle Petitionen sind bisher nutzlos gewesen, die herrschende Klasse muß durch gemeinsamen Kampf in unerlöschlicher Einheitsfront zum Nachgeben gezwungen werden.

Stürmischer Beifall brauste nach diesen Ausführungen durch den dicht gefüllten Garten.

Einige Funktionäre anderer Ortsgruppen sprachen für sofortige Auslösung des Streikes im ganzen Waldenburger Revier.

Der Streik wurde einstimmig beschlossen, so daß ab 4. September 3000 Mieter der reichseigenen und Gemeinbewohnungen im Streik stehen.

Folgende Entschliessung wurde von der Massenversammlung einstimmig angenommen:

Die Kampfforderungen der Mieter

Nach einem kurzen, aber kernigen Schlußwort des Genossen Schuhmann wurde die von hartem Kampfwillen und Siegesbewußtsein belebte Versammlung geschlossen.

Und nun, Mieter, gleich welcher politischen Zugehörigkeit: Mut, Entschlossenheit, Solidarität!

SPD.- und Nazi-Gemeindevertreter Arm in Arm

Für Papens Notverordnungen und Unterstüpfungsraub, gegen die Erwerbslosen — SPD.- und Reichsbannerarbeiter, schmiedet die rote Einheitsfront!

Liebstadt, Kr. Waldenburg. Auf Grund der Papen-Notverordnung wurde am 26. August die Unterstüpfung für einige Wohlfahrtsempfänger gekürzt. Der Nazigemeindevorsteher Fiebig lächelte sich nicht hart genug, um vor die erbitterten Erwerbslosen mit dem Beschluß des Unterstüpfungsraubs zu treten. In der Gemeindevorstellung, welche am Abend vorher stattfand, bat er deshalb um Beistand, um den Erwerbslosen nicht allein gegenüber zu stehen. Jetzt sollten die sozialdemokratischen Arbeiter den wahren

DMB.-Mitglieder-Versammlung in Waldenburg

(Gewerkschaftskorrespondenz)

Waldenburg. Am 2. September fand in der Stadtbrauerei Waldenburg die Mitgliederversammlung des DMB. statt. Der Geschäftsführer Menzel erstattete den Bericht vom Verbandstag. Wie stark unter den Metallarbeitern der Gedanke der Einheitsfront verwurzelt ist, zeigen die Ausführungen von Menzel. In demagogischer Weise sprach nämlich auch er für die Einheitsfront, jedoch ohne die sozialdemokratischen Führer, die gegen die rote Einheitsfront eine wilde Hege betreiben, anzusprechen.

Von der Opposition sprach der Kollege Plezgnik. An Hand von Tatsachen zeigt er die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie als ein Hindernis der proletarischen, kämpfenden Einheitsfront auf. Er appelliert an die Kollegen des DMB., daß man nur durch die rote Einheitsfront von unten gegen die reformistischen Führer den Lohnraub verhindern und das kapitalistische System beseitigen kann. Wenn das deutsche Proletariat den Weg der russischen Bauern und Arbeiter beschreitet, ist die Diktatur der Bourgeoisie erledigt.

Der oppositionelle Kollege forderte die Metallarbeiter auf, sich einzureihen in den Strom der roten Einheitsfront, um so Schulter an Schulter mit allen Arbeitssoldaten, auch jenen, die außerhalb des DMB. stehen, den Kampf gegen Lohnraub, Papenbüttelei und Faschismus für den Sozialismus bis zum siegreichen Ende zu führen.

Ergebnis der Elternbeirats-Wahl in Schweidnitz

Schweidnitz. Die Wahl an der Ev. Knaben-Volksschule am 4. September 1932 brachte folgendes Ergebnis:

Liste 1, Christlich-politisch 420 Stimmen, Liste 2, Proletarischer Schulkampf 217 Stimmen, Liste 3, Christlich-national 284 Stimmen; zusammen 921 gültige Stimmen.

Es erhielten demnach Sitze: Liste 1, 11 Sitze, Liste 2, 6 Sitze, Liste 3, 7 Sitze; zusammen 24 Sitze. Die Liste „Schulbau“ (SPD.) war vergessen worden einzureichen. Einen Tag vor der Wahl forderten die Vertreter dieser Liste ihre beteiligten Eltern auf, für die Liste „Proletarischer Schulkampf“ zu stimmen. Durch dieses Zusammengehen wurden 6 Sitze erreicht. Die Wahlbeteiligung war ca. 50 Prozent aller wahlberechtigten Eltern. Die Wahlzeit von 8-17 Uhr war genügend lange angelegt worden; trotzdem wurden von 8-15 Uhr nur 300 Stimmen abgegeben; dagegen von 15-17 Uhr 624 Stimmen. Drei Stimmen waren ungültig.

Am 12. September findet die erste Sitzung des Elternbeirates statt; nähere Mitteilungen dazu ergeben noch an die betreffenden Genossen.

Die Mieterchaft erklärt feierlich, daß sie den Streik nicht früher abbrechen wird, bis alle Forderungen erfüllt sind, trotz Polizeiterror!

Die heut am 4. September im „Flora Bassin“ tagende Mitgliederversammlung des Bezirks des Mietervereins für „reichseigene und Gemeinbewohnungen“ im Waldenburger Industrierevier, hat nach Beschlußfassung des Streikes in allen Orten Nieder-Hermsdorfens

1. die Maßnahmen gegen die Mieter, insbesondere in Hermsdorf, sofort einzustellen. Die Polizei ist sofort zurückzuziehen;
2. als augenblicklich tragbarer Mietszins fordert die Mieterchaft für 33 Quadratmeter 12 Mark Miets, für 42 Quadratmeter 15 Mark und für 59 Quadratmeter 21 Mark;
3. Unterschrift der Frau unter den Mietsvertrag fällt weg;
4. Paragraph 10 des Mietsvertrages hat zu verschwinden;
5. Zwangsversteigerungen sind zu unterlassen;
6. Den Bezirksleiter Knobloch als Verhandlungskontrahent anzuerkennen.

Die Mieterchaft erklärt feierlich, daß sie den Streik nicht früher abbrechen wird, bis alle Forderungen erfüllt sind, trotz Polizeiterror!

Für Hermsdorf fordern die Mieter sofort eine außerordentliche Gemeindevorstellung, die zur Lage der Mieterchaft Stellung nimmt.

„Gemeinnützige Wohnungsfürsorge“ kündigt Gegenmaßnahmen an

Waldenburg. Folgendes Rundschreiben ist den Mietern der „Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge“ von dem Bezirksvorstand zugegangen:

In unsere Mieter!

Der Bezirksvorstand hat in seiner heutigen Sitzung zu den Forderungen der Mieter von Fellhammer, Rathenbach, Nieder-Hermsdorf usw. Stellung genommen.

Nach nochmaliger ganz eingehender Nachprüfung unserer Einkünfte und Ausgaben der GWF., mußte der Bezirksvorstand zu dem Entschluß kommen, daß eine Mietsenkung im gegenwärtigen Zeitpunkt ohne Verringerung der auf den Grundstücken ruhenden Lasten, namentlich der Hypothekenzinsen, nicht möglich ist, ohne das Unternehmen zu gefährden.

Bezüglich der Beiträge zur GWF. hat der Bezirksvorstand beschlossen, daß ab 1. Oktober nach Abrechnung des 3. Vierteljahres, die letzten Mieter, die sechs Jahre voll gezahlt haben, beitragsfrei sind, dieser Beschluß bezieht sich nur auf GWF.-Beiträge.

In der Beauftragung der Hausverwalter durch die GWF. im Einvernehmen mit den Ortsvorständen, hält der Bezirksvorstand aus grundsätzlichen Erwägungen fest. Die Wahl von Hausverwaltern steht den Mitgliedern frei.

Die Mietsverträge werden in Kürze neu ausgegeben. Die Fassung ist behördlich vorgeschrieben und kann hiervon nicht abgegangen werden.

Zum Zufallen von Kleinviehställen im Hofe ist kein Platz vorhanden. Die Unterbringung von Kleinvieh im Grundstück ist grundsätzlich nicht gestattet.

Von den erwerbslosen Mitgliedern wird erwartet, daß diese alle Mittel und Wege beschreiten, um den Mietszahlungspflichten nachzukommen. Gegen böswillige Nichtzahler muß der Bezirksvorstand im Interesse der GWF. unerbittlich vorgehen.

Wir bitten unsere Mitglieder davon überzeugt zu sein, daß der

Bezirksvorstand nichts unversucht läßt, den berechtigten Wünschen der Mitglieder nachzukommen. Wir sind aber auch entschlossen, das mit vielen materiellen Opfern der Arbeiterchaft selbst aufgebaute Werk, die GWF. zu erhalten und gegen die jetzt deutlich in Erscheinung tretenden Zerschlagungsversuche unverantwortlicher Elemente zu schützen.

Wir bitten unsere Mitglieder, rückständige Miets bis spätestens 1. September 1932 zu entrichten, anderenfalls wir gezwungen sind, mit Gegenmaßnahmen zu antworten.

Waldenburg, den 26. August 1932.

gez.: Jodisch, König, Ilke, Pelz, Fischer, Gnörlich, Siegent, Leder, Müller, Marich, Blüchle, Glaser, Striese.

Mieter! Kann eine kapitalistische Einrichtung härtere Maßnahmen gegen die in größter Not lebenden Arbeiter, die durch lange Erwerbslosigkeit oder schlechten Verdienst auf der Straße einfach nicht mehr in der Lage sind, wie bisher pünktlich ihre Miets zu bezahlen, ergreifen? Wir sagen nein! Ein „unnachlässigliches Vorgehen“ wird den Erwerbslosen, die mit den Mietern im Rückstand sind, angedroht. Bis 1. September sollten die rückständigen Miets bezahlt sein, anderenfalls mit Gegenmaßnahmen vorgegangen wird. Worin werden diese bestehen?

Kann, man wird die Ärmsten der Armen ermitteln?

Nicht scharf genug kann angeprangert werden, daß ihre Unterstützung zu dieser Drohung Arbeiter gaben, die selbst wirtschaftlich unter der schlechten Bezahlung im Betriebe leiden und vielleicht selbst kaum in der Lage sind, ihren Pflichten nachzukommen. Wir nennen hier nur die Namen Leder und Müller. Von ihnen sollte man mehr Verständnis erwarten, als von den Bonzen, die immerhin noch ihr Einkommen haben.

Mieter, denkt an eure Kinder und an eure Gesundheit! Ihr werdet die Maßnahmen zu beantworten wissen! Laßt euch nicht ohne weiteres auf die Straße setzen! Liebt praktische Solidarität!

Charakter ihrer Führer erfahren. Auf das eindringliche Bitten des Nazigemeindevorstehers meldeten sich der SPD.-Schöffe Wehrauch und SPD.-Gemeindevertreter Thiel. Beide waren am anderen Tag pünktlich zur Stelle.

Einiger der SPD.-Vertreter nahm zur Rechten und der andere zur Linken des Nazigemeindevorstehers Platz.

So befanden sie ihre Bereitschaft, die faschistischen Hungermaßnahmen der Papen-Regierung gemeinsam mit den Nazis durchzuführen.

Unter den Erwerbslosen entstand ein Sturm der Empörung gegen den Unterstüpfungsraub und die Einheitsfront derselben, die SPD.- und Nazi-Vertreter. Die Herren SPD.-Vertreter waren die ersten, die mit allen Mitteln versuchten, die Arbeiter zu beruhigen, um den Unterstüpfungsraub ungehindert durchzuführen zu können. Am wichtigsten kam sich der SPD.-Vertreter Thiel vor.

Du mußt lesen:

ERNST THÄLMANN:
Die neue Etappe
der Bolschewisierung der KPD.

Im neuer Heft der „Internationale“
(Doppelheft August 1932). Preis 20 Pf.

Als der Arbeiter Dorn gegen den Unterstüpfungsraub im Auftrag der Erwerbslosen protestierte, erklärte Thiel: „Nur nicht hier in der Bude Lärm machen, wenn du das willst, dann geh' raus auf die Straße“.

Kollegen von der SPD. und vom Reichsbanner, ihr habt eure Stimme dem Thiel und Wehrauch gegeben, damit sie eure Interessen vertreten sollen. Diese tun aber gerade das Gegenteil. Durch ihr Verhalten haben sie euch sozialdemokratischen Arbeiter vordemonstrieren, wie sie mit dem faschistischen Erwerbslosen die Erkenntnis ziehen, daß sie nicht länger in der reformistischen Front stehen dürfen.

Nur in der roten Einheitsfront kann der Unterstüpfungsraub erfolgreich abgewehrt werden. Sozialdemokratische Arbeiter, her zur Antifaschistischen Aktion, reißt euch ein in den Kampf gegen Hunger, Ausbeutung und Faschismus für Arbeit, Brot und Sozialismus.

Werdet Leser der „Arbeiter-Zeitung“